

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abohnmenschenpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. ausschließlich Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 18693.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 geschwollene Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 19/21. Telephon 2721. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

Der Genosse Motteler hat aus Mängeln auf seine angegriffene Gesundheit und sein Alter, die Kandidatur in die Hände der Genossen zurückgelegt.

In der gestrigen Wahlerversammlung im Centraltheater zu Leipzig erlitten die Wahlmacher der Ordnungs-Parteien ein Fiascio.

In Warschau wurden zwei Polizisten, in Lodz mehrere Offiziere auf offener Straße erschossen.

Der Schach von Persien ist tot.

Die Maske weg!

* Leipzig 9. Januar.

Sie haben etwas gelernt, die Herren von den vereinigten Ordnungs-Parteien. Die ungenierte Autokratie des nationalliberalen Kommerzienrats Habenichts, der den Sozialdemokraten die Redefreiheit versagte, ist beseitigt. In der gestrigen Versammlung saß der Reichsgerichtsrat Sievers an seiner Stelle, der die Verhandlungen mit der Erklärung eröffnete, daß diesmal die Redefreiheit geachtet werden und jedem Diskussionsredner eine halbe Stunde Redezeit gewährt werden solle. Die Abmachung wurde gehalten und die Versammlung wäre glatt zu Ende gegangen, hätte der letzte Diskussionsredner der Ordnungs-Parteien, der Dr. Henrici, sich nicht eine grobe und völlig unmotivierte Beschimpfung der Sozialdemokratie zugeschulden kommen lassen. Der Herr, der in der Bevölkerungsversammlung von seinen unfreiwilligen sozialen Földischen Proben gab, bewies diesmal, daß er auch in unverschämten Verdächtigungen ein Meister ist. Er behauptete nämlich, in der Sozialdemokratie sähen viele Elemente, die sittlich minderwertig seien, besonders Verschlehnungen gegen § 175 des Strafgesetzbuches seien sehr beliebt. Dieser Paragraph lautet: Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Diese ohne jeden Beweis ins Blaue hinein ausgesprochene Infamie erregte natürlich die Empörung der sozialdemokratischen Mehrheit, die sich noch steigerte, als sich der Vorsitzende leider nicht auf seine Befürchtungen

bessert, den Verleumder zur Ordnung zu rufen. Sturmiisch verlangte man, daß Junc das Schlusswort nehmen solle. Der Vorsitzende aber war anders entschlossen. Er, die Ruhe durch ein Wort des Lades an Henrici mit Leichtigkeit hätte wiederherstellen können, schloß völlig unmotiviert die Versammlung, so daß allerdings bei der Mehrzahl der Eindruck entstehen mußte, er wolle seinem Schüling Junc das Schlusswort ersparen, obwohl es doch nur im Interesse der Ordnungs-Parteien lag, eine Antwort auf die sachlich so schwerwiegenden Angriffe der drei sozialdemokratischen Diskussionsredner zu geben. Um so nichts-würdiger ist die Behauptung des Tageblatts, die Sozialdemokraten hätten durch Zumut die Versammlung gesprengt.

Die Rede des Herrn Junc selber war nur eine verstimmtelte Neuauflage seiner ersten Rede. Pünktlich marschierten an denselben Stellen seines Vortrags dieselben Wörter wieder auf, so daß man, während er sprach, immer den Geschmack von aufgewärmtem Bienenhonig im Mund spürte. Und füß war er auch. Denn Herr Junc wollte es allen recht machen, den Mittelständlern vor allem. Um so mehr ignorierte er die Lebensinteressen der Arbeiter und erkannte gerade dadurch an, daß er selbst auf seine Arbeiterstimmen rechnet, als deren gegebene Vertretung er vielmehr die Sozialdemokratie ansieht. Seine Versuche, Arbeiterinteressen und Kolonialpolitik zu vereinigen, wurden vom Genossen Lange, der gestern höchst glücklich sprach und brausende Burrupe der Versammlung erntete, ausführlich zurückgewiesen, seine weiteren Versuche, die Arbeiter mit der Antigewerkschaftsvorlage zu verbünden, wurden vom Genossen Seeger ironisch abgeschafft. Erst durch ihn schien der Justizrat zu erfahren, daß diese Vorlage durch die Auflösung des Reichstags in den Orkus geschlendert sei. Seine letzten Versuche schließlich, die Arbeiter durch Verheißen einer wirklichen Sozialpolitik zu locken, wurden vom Genossen Dr. Denisch in ihrer vollständigen Hohlheit sofort nachgewiesen. Erst der bürgerlichen Sozialpolitik die Maske vom Gesicht.

Die Frage der Sozialreform ist in erster Linie eine Frage der Finanzreform, die Finanzreform aber wurde bisher von den Nationalliberalen stets in Gestalt neuer indirekter Steuern praktiziert, die die besitzlosen Massen belasten. Bis 1878 war die indirekte Steuerlast etwa 7 M. auf den Kopf der Bevölkerung, vor dem neuen Zolltarif betrug sie 16 M., jetzt 20 M. Das heißt: der Ernährer einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie hat allein an indirekten Steuern 100 M. pro Jahr zu zahlen. Das bedeutet bei einem Jahreseinkommen von 1200 M.

einen Monat Gratisarbeit! Und rund 90 Prozent des Volles müssen noch mit einem derartigen Jahres-einkommen auskommen. Diese 100 M. stellen aber nur die Last dar, die der Arbeiter wirklich an die Staatskasse abzuliefern hat. Bei Fleisch und Brot kommt noch die durch den Zolltarif veranlaßte Vertierung der einheimischen Produkte hinzu, und dieses Geld fließt natürlich in die Taschen der Privatunternehmer. Hier kommen kolossale Summen heraus. Der Zoll auf Nüssen beträgt 90 M. für die Tonne. Von je 100 Tonnen, die auf den Markt kommen, sind aber nur 85 deutsches Getreide, die übrigen 15 muß Deutschland im Auslande kaufen, da die deutsche Landwirtschaft nicht mehr das nötige Brotgetreide produzieren kann, dessen das deutsche Volk bedarf. Die 90 M. Getreidezoll werden also nur von den 15 Tonnen erhoben, die importiert werden, und dieses Geld fließt in die Staatskasse. Über die übrigen 85 Tonnen steigen natürlich auch im Preise um je 50 M. Der Unterschied ist nur der, daß dieses Geld in die Privattaschen unserer Junker fließt. Bis zum 1. März 1906 betrug die dadurch herbeigeführte Vertierung des Getreides 814 Millionen Mark, von denen rund 120 Millionen in die Reichskasse flossen, der Rest von 694 Millionen in den Beutel der Notleidenden verschwand. Jetzt aber, unter dem neuen Zolltarif, mit seinen wahnsinnig hohen Sächen für Brotzoll, ist die Vertierung des Brotes fast 500 Millionen gestiegen, von 814 auf 1300 Millionen. Von diesen fließen wiederum nur 15 Prozent, d. h. 195 Millionen, in die Reichskasse, der Rest von 1105 Millionen verschwindet wiederum in den unergründlichen Taschen unserer Großgrundbesitzer. Wo das Geld bleibt, kann man an den plötzlich und stark gestiegenen Grundstückspreisen der Rittergüter ersehen, von denen wir vor rund einem Jahre die sprechendsten Beispiele liefern konnten. Wertsteigerungen von 150 000 auf 250 000—350 000 M. waren nichts Seltenes, und dieses Mehr muß natürlich aus den Rippen der arbeitenden Massen herausgewirtschaftet werden. So kommt es, daß unter den alten Zollsächen dem Vater einer fünfköpfigen Familie das Brot um 35 M. im Jahre verteuert wurde, jetzt um 50 M. Der Fleischzoll verlangte vordem von ihm 37½ M., jetzt aber 80 M. Auch hier fließt nur der geringste Teil in die Staatskasse, den Löwenanteil haben sich die Junker und Viehzüchter selber gesichert.

Und an dieser Zollpolitik will Herr Junc nichts ändern wissen. Er hat nichts dagegen einzubringen, daß die Kosten des Reiches von den Armen getragen werden. Ausdrücklich hat er erklärt, er denke gar nicht daran, diese

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zum Wahlkampf! Sorgt für Mittel!

Seuilleton.

Hans im Glück.

Roman von Henrik Pontoppidan.

Aus dem Dänischen übersetzt von Mathilde Mann.

Rechtsdruck verboten.

Hans wohnte nicht in demselben Hotel wie die beiden Schwestern, aber er fand sich täglich bei ihnen ein, um sie auf Spaziergängen zu begleiten oder mit ihnen in den Skandinavischen Verein zu gehen, wo sie jeden Mittag Zeitungen lasen. Er war sehr empfänglich für den Schninner von angeborener Vornehmheit, den die Gesellschaft der beiden adeligen Damen auf ihn warf. Er genoß (mit etwas schlechtem Gewissen freilich) die sehr vornehmnen Titel, mit denen ihn die Angestellten im Hotel und der gleichen Gute überall anredeten. Auf seine eigenen Landsleute hingegen wirkte seine falsche Baronstirne nie lange illudierend. Obwohl das Zusammenleben mit der Hofjägermeisterin sein Wesen noch mehr abgeschliffen hatte, verriet sich der heimatliche Zeppe unweigerlich unter der Maske des Weltmanns; und war man von Anfang an ein wenig darüber in Zweifel gewesen, wofür man ihn halten sollte, so erfuhr man bald durch seine eigene Offenheit mehr von seinem Lebensziel und seinen Plänen, als vielen zu wissen lieb war.

Er war nicht als Pilgrim irgendwelcher Art nach Rom gekommen. Wie ihn die Museen nicht anzogen, ging er auch recht gleichgültig an den stets offenen Kirchenläufen vorüber, durch die der Weg für seine Reisebegleiterinnen wie für so viele andre Fremden zu dem eigentlichen Rom führte; diese vierhundert fellerbunklen, weihrauchgeschwängerten, durch Wachskerzen und kleine Oellampen erhellten Räume, in denen das Mittelalter noch in ungeschwächter

Zinnigkeit und Kraft lebte, eine Welt der Stille inmitten des Straßenlärmes, ein Vorhof des Himmels, wo nur in Läden gesprochen wurde, und wo der Vogelsgang nimmer verstummte.

Das älteste Rom, die Ruinen der Antike, zogen Hans an in die Stadt der Städte, der "ewigen" Stadt, dem Mausoleum der Weltseele. Aber auch hier war es weit weniger die Schönheit der Architektur, die ihn beschäftigte, als die Masse der Mauern, die Solidität des Mörtels, die ganze italienische Kraft, die sich in diesen zweitausendjährigen Riesenwerken entfaltet hatte. Nichts fesselte ihn deswegen so sehr wie Caracallas und Diokletians Bäder und das Kolosseum. Stundenlang kounte er in dem wüstenönen Innern des Amphitheaters sitzen und sich damit beschäftigen, es in Gedanken von Grund auf wieder aufzubauen, es mit einem Geschlecht von Stellagen zu umgeben auf einem ungeheuren Arbeitsplatz, der mit zyklopischen Steinblöcken, Ochsenkarren und Hunderten von schwere-triefenden Sklaven angefüllt war, und es von hier aus Stück für Stück erheben zu lassen wie das Fundament zu einem Turm von Babel.

Und diese Träumereien führten ihn wieder zu den Büchern zurück. Diese antiken Mauerkolosse erweckten in ihm das Verlangen, etwas mehr von dem Römervolk und seinem Schicksal zu wissen als das höchst Unklare, dessen er sich aus seiner Schulzeit erinnerte. Aus der Bibliothek des Skandinavischen Vereins entlieh er Mommens "Römische Geschichte", und mit der eigenfinnigen Energie, die er stolzweise entwiedeln konnte, arbeitete er sich in kurzer Zeit durch das bändigste Werk hindurch.

Zum erstenmal in seinem Leben ergriff ihn hier eine historische Stimmung. Sein Blick war bisher stets ahnungsvoll vorwärts, auf die zu erwartende große Zeit gerichtet gewesen — die Vergangenheit hatte ihn niemals beschäftigt. Jetzt war es ihm ein förmlicher Genuss, oben zwischen den Ruinen des Palatinerberges zu sitzen und, den Rücken gegen einen sonnendurchwärmten Säulenschaft

gelehnt, von den Männern zu lesen, die von dieser Stätte aus die Welt beherrschten hatten. Auch führten ihn diese Studien zum erstenmal ganz hinten herum um das verhakte Christentum in eine Kultur ein, die gänzlich unbeeinflußt war von der Geistesmacht, die für ihn den Fluch der Gegenwart bedeutete. In den Heldenfesten der Republik fand er die vorbildlichen Charaktere, die er bisher vermisst hatte. In diesem ganzen praktisch veranlagten, handelsmüthen, klugen und unsentimentalen Heidentum erblickte er den Menschen in unverzerrter Urwirklichkeit, das Titanengeschlecht, von dem er unklar geträumt hatte, dem er sich verwandt fühlte.

In einem seiner Briefe an Jakobe schrieb er begeistert: „Niemals habe ich so mächtig wie hier unten gefühlt, welch ein Verbrechen gegen die Menschheit das Christentum gewesen ist. Niemals habe ich mit einem solchen Schamgefühl begriffen, wie hoch wir noch emporklämmen müssen, um dem Geschlecht bis an die Schultern zu reichen, dessen Menschengröße zu verdächtigen jener bleiche Bastard aus Nazareth sich erkämpft hat. Kennst du die Erzählung von König Buckel? Als das Schicksal einmal gewollt hatte, daß die Majestät mit schiefen Beinen und einem Knick in dem Rücken geboren war, wurde eine Verordnung erlassen, die alle Begriffe im Lande auf den Kopf stellte. Ein gedrehter Rücken ward ein Buckel genannt, der Riese ein Zwerg. — In diesem verrückten Lande leben wir noch heutzutage!“ —

Nach einem zehntägigen Aufenthalt erhielt die Hofjägermeisterin ein Telegramm von ihrem Gatten, der frank geworden war und ihre Rückkehr wünschte. Da brachen denn die beiden Schwestern auf, obwohl die Baronin ein wenig jammerte, daß sie Rom verlassen sollte, ohne eine Audienz beim Papst gehabt zu haben, wovon sie die ganze Zeit gesagt hatte.

Der Abschied von Hans war von Seiten der beiden Damen sehr herzlich. Die Hofjägermeisterin nahm ihm das Versprechen ab, sie und ihren Mann einmal auf Saars-

Fragen im Reichstage neu aufrollen zu wollen. Damit ist seine Kandidatur völlig unannehmbar geworden, nicht nur für jeden Arbeiter, sondern auch für jeden Kleingewerbetreibenden, dem durch diese Zollpolitik, speziell durch die Zölle auf Holz und Eisen, die Rohmaterialien ganz kolossal verteuert werden — die Holzzölle allein, die die Freunde des Herrn Bund bewilligt haben, sind um 50—200 Prozent gestiegen — unannehmbar aber auch für jeden kleinen Beamten bei der Post, der Stadt- und Staatsverwaltung, der auf sein färgliches Einkommen angewiesen ist, und wehrlos mit ansehen muß, wie die Nationalliberalen durch eine zynische Wucherpolitik die Preise für alle Lebensmittel in die Höhe treiben. Diese kleinen Beamten sind noch fühlamer dran, als die Arbeiter, denn ihnen fehlt das Organisationsrecht, und an einen Streik können sie nicht denken. Ihnen zuzumuten, einen Freund der Brotwucherer und Lebensmittelzöllner, einen Nationalliberalen zu wählen, heißt ihnen die Rolle zumutet, die man nur den allerblümtesten Kälbern zumutet. Deshalb kann auch für sie am Tage der Wahl kein Zweifel über die Partei bestehen, der sie ihre Stimme zu geben haben: der Sozialdemokratie; denn sie ist die einzige zuverlässige Freundin der Wehrlosen und Bevölkerung der Ausgelaufenen.

Revolution in Rußland.

Uttentate.

In der Jerusalemer Allee in Warschau haben unbekannte zwei Detektivs erschossen. Eine hinzukommende Patrouille gab auf die Täter mehrere Schüsse ab, durch die ein Passant schwer verwundet wurde.

In Lodz überfielen bewaffnete Revolutionäre in den Straßen mehrere promovierende Offiziere, von denen einige getötet wurden.

Die Viehpreise zu Beginn des Jahres 1907.

A. C. Im Gegensatz zum Vorjahr sind mit Jahresbeginn die Viehpreise hinaufgegangen; ganz besonders bei Kälbern schnelte der Preis im Dezember mit Behemenz hinauf. So stehen die Preise für sämtliche Sorten Rindvieh und Schafe am Beginn des Jahres 1907 über denen des Vorjahrs, und höher als zu Anfang der Jahre 1904 und 1903. Auch die Schweinepreise sind, obwohl niedriger als im Vorjahr, doch ganz erheblich höher als in den beiden vorhergegangenen Jahren. Bei Ochsen und Bullen beginnt das Jahr mit folgenden Preisen: 50 Kilogramm Lebendgewicht kosteten an den wichtigsten Viehmärkten Anfang Januar Markt

	1906	1904	1906	1907
Berlin	28—44	28—45	25—47	27—53
Breslau	20—38	20—37	24—39	30—41
Hamburg	27—39	31—42	29—43	32—45
Dortmund	25—43	28—44	20—48	27—50
Frankfurt a. M. . . .	30—44	30—45	30—58	33—55
Nürnberg	28—36	28—40	40—41	30—45
Erfurt a. N. . . .	35—42	37—43	28—45	31—49

Auch in München, Elberfeld u. a. O. ist der Preis erheblich gestiegen. Die Preisbewegung bei Füßen und Kühen lief derjenigen von Ochsen und Bullen parallel. Bei Kälbern erfuhr der Preis im Dezember eine überaus kräftige Steigerung, wie einige Stichproben beweisen: in Chemnitz z. B. ging der Kälberpreis von 49—51 auf 60 Mk., in Leipzig von 56 auf 61, in Mannheim von 58 auf 65 Mk. im Laufe des Dezembers hinauf. Bei einem Vergleich der Preisbewegung bei Kälbern und Schweinen bemerkte man die auffallende Tatsache, daß der Kälberpreis jetzt weit mehr mit den Preisen früherer Jahre differiert als der Schweinepreis: gegen jedes der drei letzten vergangenen Jahre hat der Kälberpreis einen bedeutend größeren Vorsprung als der Schweinepreis. Zu Anfang des Jahres kosteten 50 Kilogramm Lebendgewicht Kalb an nachfolgenden Märkten Markt:

	1906	1904	1906	1907
Berlin	25—56	24—56	24—64	26—68
Breslau	29—40	28—40	34—42	39—46
Chemnitz	36—47	40—50	37—54	48—60
Leipzig	37—50	46—54	45—57	52—64
Hamburg	25—72	28—74	40—90	40—90
München	40—50	42—52	42—54	46—58
Nürnberg	26—38	27—40	27—44	20—45

holm zu besuchen, wo auch die Schwester vorläufig ihren Aufenthalt nehmen wollte. Noch vom Fenster des Abteils aus rief ihm die Baronin mit Tränen in den Augen und unter lebhaftem Winken mit dem Taschentuch ein „Auf Wiedersehen!“ zu.

Hans muhte noch eine Zeitlang in Rom bleiben aus Rücksicht auf die Büste, die seine mütterliche Freundin bestellt hatte, und für die er selbst aufging, sich zu interessieren. Auch war er keineswegs ungeduldig wegzukommen. Er fühlte sich noch immer ungewöhnlich wohl hier, und die Berichte von dem kalten und feuchten Frühling nördlich der Alpen lockten ihn nicht zum Aufbruch. Endlich aber sah ihm noch immer die Angst vor der Einsamkeit im Körper — deswegen suchte er auch hier in Rom beständig Gesellschaft.

Von Iwan hatte er übrigens die Mitteilung erhalten, daß er darauf vorbereitet sein müsse, seine Reise zu unterbrechen, da seine Abwesenheit in der Heimat möglicherweise für das Zustandekommen seiner Angelegenheit erforderlich sein würde. In seinem letzten Brief hatte er geradezu gefragt, ob er instande sein würde, mit eifriger Frist abzureisen.

Hierauf hatte Hans noch gar nicht geantwortet. Diese fast täglich eingehenden Briefe des Schwagers mit ihren etlichen Fragen, Anheimgebungen und Mahnungen fingen an ihn zu langweilen. In seinem Verhältnis zu dem, was er sein Lebenswerk genannt hatte, war überhaupt, teils unmerklich für ihn selber, eine Veränderung vorgegangen, von dem Augenblick an, als sich die Möglichkeit für seine Durchführung eröffnet hatte. Es hatte nicht gerade den Wert in seinen Augen verloren, aber sein Interesse dafür hatte sich abgeschwächt, nachdem es aus einer bloßen revoltierenden Idee in etwas verwandelt worden war, das zum Gegenstand es Befingers und der nüchternen Besprechungen von Börseleuten und Spekulanten gemacht wurde: Schon allein die malabgründige Handels-

Der Absatz des Hamburger Kälberpreises von dem andern Orte kommt daher, weil in Hamburg der Höchstpreis für eine Qualität gilt, die nur noch an rheinischen Märkten gehandelt wird. Auffallend scharf ist der Leipziger Kälberpreis gegenüber dem Vorjahr hinaufgeschnellt; im Vergleich zu 1906 verzeichnete Hamburg die stärkste Zunahme. Bei Hammeln steht der Preis infolge des Rückgangs, den der Dezember gebracht hat, vereinzelt unter dem des Jahres 1906; im Vergleich zu früheren Jahren besteht allerdings immer noch eine Differenz. An den wichtigeren Viehmärkten kosteten zu Beginn der nachstehenden Jahre 50 Kilogramm Lebendgewicht Markt:

	1906	1904	1906	1907
Berlin	24—38	23—36	28—40	25—40
Chemnitz	28—34	28—34	30—44	25—38
Hamburg	25—36	26—36	35—48	30—39
Nürnberg	21—25	—27	22—30	28—30
Köln a. Rh. . . .	24—35	24—35	—35	29—42

Höher als zu Anfang 1906 steht der Hammelpreis gegenwärtig nur in Köln. Die Tendenz, die beim Hammelpreis erst unbestimmt zum Ausdruck kommt, ist bei Schweinen deutlich zu erkennen: die Höhe des vorsährigen Preisniveaus ist verlassen, ohne daß aber der relativ niedrige Stand der früheren Jahre wieder erreicht wäre. Gegenüber 1904 ist der Vorsprung sogar noch sehr erheblich, während die Spannung zu 1906 geringer geworden ist. Zu Beginn der nachstehenden Jahre kosteten 50 Kilogramm Lebendgewicht Markt:

	1903	1904	1906	1907
Berlin	55—61	42—48	71—75	57—62
Breslau	48—58	36—51	68—71	58—61
Chemnitz	57—67	47—58	74—81	64—71
Leipzig	54—68	44—52	70—75	57—67
Magdeburg	44—60	36—50	65—78	55—62
Hamburg	50—61	40—50	66—72	54—66
Mannheim	68—65	51—58	75—77	62—69
München	54—66	46—54	46—58	60—68
Nürnberg	52—64	50—54	68—75	62—67
Köln a. Rh. . . .	55—68	48—58	70—76	60—69
Erfurt a. N. . . .	55—68	46—52	68—73	58—67
Düsseldorf	68—65	45—58	68—76	62—68

Frankreich an der Jahreswende.

Jr. Paris, 1. Januar. Frankreich schließt ein sturmbehaftetes Jahr ab, inmitten einer politischen Krise. Die Wahlen zum Senat im Januar, zur Kammer im Mai und die zum Jahresbeginn stattgefundene Präsidentenwahl waren ebensoviel Kämpfe der dritten Republik um ihre Herrschaft. In diesen Kämpfen ist die Republik Sieger geblieben und man kann wohl sagen für immer. Wenn der monarchische Gedanke in Frankreich noch Wurzeln hätte, dann hätten die Wahlen, wenn nicht mit dem Siege, so doch mit einer Stärkung der verschiedenen reaktionären, zum Monarchismus hinneigenden Parteien enden müssen. Zu keiner Zeit seit dem Bestehen der Republik ist ihre anti-autoritäre Tendenz so scharf in Erscheinung getreten als in abgelaufenen Jahr. Bis weit hinein in die Reihen der bürgerlichen Republikaner hält man die politische Tradition, die Leitung des Staates in das Parlament zu verlegen, für ein Grundbel, daß schuld an der „Schwäche“ Frankreichs sei. Man hält es für verfehlt, an die Spitze des Staates eine bloß dekorative Persönlichkeit zu stellen, für verfehlt, daß Volk der kirchlichen Autorität zu entziehen, für verfehlt, die Offiziere zu Beamten, zu einer Art Turnlehrer für Erwachsene zu „degradieren“. Nur durch die Rückkehr zur Autorität hofft man eine „Geduldung“ Frankreichs herzustellen. — Die Trennung von Staat und Kirche, die Bewegung zur Erringung des Achtstundentags, die Marokkocrise mit ihren aufgebauschten Kriegsgefahren waren durchaus geeignet, dem ehemaligen Spieler das Grinseln zu lehren und ihn zu verlassen, sein Heil in der Wahl „nationaler“ Männer zu suchen. Nichts von alledem trat ein. Der Nationalismus in seiner ursprünglichen Tendenz hat bei den letzten Wahlen den Odesstoß erlitten und die gesamte Reaktion aller Spielfarben, von den offenen Monarchisten bis zu den Progressiven, ist zusammengebrochen.

Frankreich konnte die Trennung von Staat und Kirche durchführen, es konnte die hierzu notwendigen Maßregeln sogar noch verschärfen, ohne daß es zu dem geplanten, prophezeiten und gefürchteten Bürgerkrieg gekommen

wäre. Je energischer man der Kirche zu Leibe ging, desto schwächer wurde der Widerstand. Der bürgerlich-republikanische Gedanke hatte gesiegt, so gründlich gesiegt, daß er im Bürgertum fast keine ernsthaften Gegner mehr zu finden hat. Trotz aller dieser Siege steht der bürgerliche Republikanismus inmitten einer ersten Krise. Das national-literarische Rückwärtssum ist besiegt, daß ökonomische Rückwärtssum steht auf. Die fanatischen Atheisten sind mehr nicht minder fanatische Kämpfer der „Freiheit der Arbeit“, was von der Kirche in die Realität umgesetzt, Freiheit der Ausbeutung bedeutet. Dieselben Radikalen, die die Kirchengüter konfiszieren, haben daß beschädigte Gesetz des obligatorischen wöchentlichen Ruhtags erdrostelt. Im Pariser Gemeinderat hat sich eine neue Mehrheit gebildet, die noch vor Jahresfrist als politischer Selbstmord der Radikalen gegolten hätte. Unter dem Sturmgeschrei „Gegen die Sonntagsruhe“ hat sich das gesamte Bürgertum, von den Konservativen bis zu den Sozialistisch-Radikalen, zusammengetragen, um für alle verlangten „Ausnahmen“ zu stimmen. Nur die Furcht vor einer Ministerkrise verhinderte die Radikalen, in der Kammer dasselbe zu tun. Ein vor vier Jahren von der Kammer votierten Gesetzes zur Beseitigung des Bleiweiz zu gewerblichen Zwecken wurde von der nicht minder irreliktigen Senatsmehrheit in sein Gegenteil umgekehrt. Die Vorlage zur Verstaatlichung der Westbahn, die bestimmt war, der privatkapitalistischen Ausbeutung der Eisenbahnen ein Ende zu bereiten, wird in demselben Senat verschleppt und es ist hundert gegen eins zu wetten, daß sie schließlich abgelehnt werden wird. Die Gesetzesvorlage zur Einführung des allgemeinen zehnstündigen Maximalarbeitsstages, die vor Monaten in der Kammer eingebracht wurde, ist überhaupt noch nicht in Angriff genommen worden und wenn und wie sie enden wird, daß wissen die Götter. Diese Situation ist für den Radikalismus um so gefährlicher, weil er hier seinen selbigen Verbündeten, das Proletariat, zum Feinde hat. Die antisoziale Krise des Radikalismus ist durchaus geeignet, ihn depolarisieren und dem Sozialismus die Wege zu ebnen. Und in der Tat, nach dem langen Bruderkrieg ist die geeinigte sozialistische Partei dabei, daß Versäumte nachzuholen. Wenn die letzten Wahlen den Beweis erbracht haben, daß die Einigung der sozialistischen Partei unerschütterlich ist, so werden uns die nächsten Wahlen, werden alle kommenden Ereignisse zeigen, daß der Sozialismus endlich in Frankreich den Platz errungen hat, der ihm in dem traditionellen Land der Revolution gebührt.

Aber auch nach außen hat Frankreich im abgelaufenen Jahr gezeigt, daß man sich der Politik der autoritären Gewalt sehr wohl entschlagen kann. Der Ausgang der Marokkocrise war ebenso sehr eine Niederlage der Politik Deutschlands, als ein Triumph der demokratischen Friedenspolitik, deren eifrigste Kämpfer hier unsre Freunde sind.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Sattler! In der Waggonfabrik von Bischau in der Reichsstraße sind seit einigen Tagen die Sattler auständig. Trotz des Entgegenkommens der Organisation beharrt Herr Bischau auf seinem Herrenstandpunkt. Nur wenn jeglicher Zugang von Sattlern vermieden wird, können wir hier auf Einigkeiten rechnen.

Die Ortsverwaltung.

Brauereiarbeiterbewegung in Ellenburg. Infolge entstandener Lohnstreitigkeiten kündigten die Arbeiter sämtlicher Brauereien.

Zur Aussperrung der Berliner Automobilführer ist zu berichten, daß bis jetzt 65 Betriebe, die 1—20 Fahrer beschäftigen, die allen Bedingungen anerkannt haben.

Streikbrecherorganisationen. Je mehr sich die Massenverhältnisse zuspielen, um so schärfere Formen nimmt der Kampf an, um so weniger wählertisch ist aber auch die Bourgeoisie in der Wahl ihrer Kampfmittel. Angesichts der immer härteren Bedrohung ihrer heile Kapitalismus durch die Massenbewußte Arbeiterschaft bedient sie sich Mittels, die sie in ihrem Emigrationenkampf gegen ihre feudalen Feinde nicht angewandt hat und auch heute noch theoretisch verschmäht: sie kauft Berater und organisiert sie. Wir meinen die sogenannten gelben Gewerkschaften. Wo heute freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter in den Kampf treten, machen sich diese Hooligans bemerkbar. Und überzeugt von der Rücksicht dieser Gebilde schreitet die Bourgeoisie.

Wein trank, war er doch nie berauscht; dagegen konnte ihn zuweilen eine eigentümlich kindliche Ausgelassenheit ergreifen, in der er die Gesellschaft mit allerlei Narrenposten unterhielt. Wenn man spät in der Nacht singend nach Hause zog, sah man ihn in der Regel an der Spitze des Zuges, blumengeschmückt und bekränzt, ein paar entzückte — junge oder ältere — Damen am Arm.

Eines Abends traf er in dieser Gesellschaft einen von den reichbärtigen deutschen Künstlern, mit denen ihn Fritjof im Herbst in Berlin zusammengeführt hatte. Er war im Augenblick einer von den Modemädeln in Rom, — ein kleiner zwergartiger Mann mit einem mächtigen Victor-Emanuel-Bart und zwei toll hohen Absätzen unter den Schuhen. Bei gewohnheitsmäßigem feierlichem Erheben der Gläser wurde die alte Bekanntschaft erneuert, und Hans erhielt eine Einladung, den berühmten Mann am nächsten Tage in seinem Atelier zu besuchen.

Hier ward ihm eine Überraschung zuteil. Auf einer Staffelei mittan im Saal stand das eben vollendete, lebensgro

geöffnet zu immer neuen Gründungen. So ist am Sonntag in Dresden eine solche Garde gegründet worden, die Freie Vereinigung deutscher Metallarbeiter, und zwar mit dem ausgesprochenen Zweck, „entgegen den Tendenzen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Streikbewegungen nach Möglichkeit zu vermeiden und die Mitglieder von Verbänden wegen niemals zur Teilnahme an solchen Streiks zu zwingen“. Die letzte Wendung ist natürlich heller Blödsinn. Gezeigt wird in den modernen Gewerkschaften nur, wenn die Arbeiter selbst mit großer Mehrheit das beschließen. Die Statuten der Zentralverbände enthalten alle sehr strenge Regelungen gegen leichtfertige Streiks. Die Dresdner Nachrichten schreiben hocherfreut über diese Gründung:

„Ja, der „gelbe Verband“, wie er kurzweg in den Fachkreisen genannt wird, huldigt ferner dem vernünftigen Streiken, in Würdigung der bei mutwillig vom Baume gebrochenen Streiks für viele Vollstoffs unauflöslich einbrechenden schweren Schädigungen seinen Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu untersagen. Jeder Terrorismus soll vermieden und ein weitaus freundlicheres Verhältnis zum Unternehmertum, als es bestehende Verbände üben, gepflegt werden.“

Schöner konnte das Wort Streikverbotorganisation nicht umschreiben werden. Anders drehen die Geschicht die Schönheit der Bürgers- und Minselfabrikanten, die von national gesetzten Arbeitern fasziniert, die sich während des in Schönheit leidet noch immer herrschenden Streiks zusammengefunden und einen Verein auf „nationaler Grundlage“ gebildet haben, der sich unter anderem das Ziel gesetzt hat, den „maßlosen Verhüllungen der Sozialdemokratie gegenüber Stellung zu nehmen und ihnen einen willigen Damum entgegenzuführen“.

Eine andere Firma und dasselbe Geschäft. Die moderne Arbeiterbewegung sieht aber in diesen Gebilden nur einen Grabmesser ihres ununterbrochenen Fortschritts und des stetigen Verfalls der bürgerlichen Gesellschaft.

Holländische Gewerkschaftskongresse. Unser holländischer Mitarbeiter schreibt uns: In der Weihnachts- und Neujahrswoche hielten eine Anzahl von holländischen Gewerkschaftsverbänden ihre Jahrestagungen ab, aus denen sich im großen und ganzen ein Bild erfreulichen Fortschritts auf allen Gebieten ergibt.

Der Verband der Maurer, der im November des vorigen Jahres durch das Austritt von 6 Ortsgruppen aus dem alten anarchistischen Maurerverband begründet wurde, trat in Utrecht zu seiner ersten Jahrestagung zusammen. 15 Delegierte waren anwesend; der deutsche Maurerverband hatte ein Begrüßungsschreiben gesandt, worin er dem Gedanken Ausdruck gab, wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen keinen Vertreter entsenden zu können. Der Verband zählte bei seiner Gründung am 18. November 1906 233 Mitglieder in 6 Bahnhöfen; am 25. Dezember hatte er schon 475 Mitglieder in 10 Bahnhöfen. In der kurzen Periode betrugen die Verbandsbeiträge 552 Gulden, die Ausgaben 471 Gulden, wovon 414 Gulden für die streikenden Holzarbeiter in Leiden verwendet wurden. Die Verbandszeitung wird in einer Auflage von 5000 Exemplaren vertrieben. Einstimmig wurde beschlossen, den Verband dem N. V. B. (Niederländischer Verband der Bauvereinigungen = Niederländischer Gewerkschaftsverband) anzuschließen. Nach langer Debatte wurde mit allen gegen eine Stimme der Satz: Belämpfung des Mißbrauchs alkoholischer Getränke, in das Aktionsprogramm des Verbandes aufgenommen. Bei der Statutenberatung entspann sich eine längere Debatte über den Vorstandsvorschlag, die an vielen Orten noch vorhandenen sogenannten selbstständigen Altvorarbeiter unter gewissen Bedingungen in die Mitgliederliste aufzunehmen; schließlich wurde mit allen gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, die diese Umphibien von der Mitgliedschaft ausschließt. Es bleibt ihnen frei, nach dem alten anarchistischen Verband oder nach dem Unternehmerverband zu gehen. In begeisterten Stimmung wurde dieser erste Kongress geschlossen.

Der Verband der Tabakarbeiter tagte ebenfalls in Utrecht. Auf der Tagessitzung stand in der Haupthand die Beratung eines neuen, vom Vorstande ausgearbeiteten Statutenvorschlags, wodurch eine stärkere Zentralisation geschaffen werden soll. Eine recht leidenschaftliche Debatte entstand dabei um den Antrag, wonach fünfzig nur zuvor vom Hauptvorstande gebilligte Bewegungen von Verbänden wegen unterschiedl. werden dürfen; der Antrag wurde abgelehnt, was bei einem Teil der Delegierten eine starke Mißstimmung hervorrief, die wohl zu einer Spaltung des Verbandes, der dem anarchistischen N. V. S. (Niederländischer Arbeiters Sekretariat) noch angehört ist, führen dürfte.

Der Maler verband hielt seine Jahrestagung in Haag ab. Vor vier Jahren wurde die Organisation mit 472 Mitgliedern gegründet; jetzt beträgt die Mitgliederzahl mehr als 1700, der Kassenbestand 6000 Gulden. Der Verband ist dem N. V. B. angeschlossen. Im Jahresbericht des Hauptvorstandes wird das vor treffliche Wirken der Krankenunterstützungorganisation des Verbandes erwähnt, sowie die in den Bewegungen des verflossenen Jahres errungenen Erfolge (in Groningen, Delft, den Haag beträchtliche Lohnhöhungen, in Groningen außerdem den Lehrlinstudenten). Auf dem Gebiete der Bleiweißbälämpfung hat man erreicht, daß eine staatliche Kommission zur Prüfung der Frage eingefordert wurde (in die aber kein einziger Arbeiter aufgenommen wurde), die jetzt umfangreiche Versuche mit Einzelheit veranstaltet. Auf dem Kongress waren 21 Bahnhöfe durch 41 Delegierte vertreten. Die Tagung wurde fast ausschließlich der Beratung von inneren Organisationsfragen gewidmet, wobei allerdings die von jetzt an vor treffliche, nach deutschem Muster zusammengesetzte Organisation des Verbandes zutage trat. Unter anderem wurde beschlossen, das Verbandsbüro statt wie bisher einmal, zweimal im Monat erscheinen zu lassen, und einen zweiten beförderten Verbandssekretär anzustellen. Der Verband wird den Redakteur des Fachblattes, den Genossen Jan Van den Tempel, nach der für April d. J. einberufenen Konferenz des deutschen Brüderverbandes entsenden, um über den Anschluß an die internationale Kartellorganisation zu beraten, der schon die Verbände von Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark und Serbien angehören.

In den Handlungsgesellschaften und Lagerhaltern branche betrieben zurzeit zwei konkurrierende, ungefähr gleich schwache Verbände, deren gemeinsame Mitgliederzahl wohl kaum 450 beträgt. Der eine Verband hält in Amsterdam, der andere in Leiden seine Jahrestagung ab. Diese Tagungen waren nur infolge von Interesse, als in beiden das Bestreben zutage trat, zur Schlichtung der Organisationsfrage in diesem Berufe die Autorität des Vorstandes des N. V. B., dem sich jede der beiden Organisationen mit Ausdruck der anderen anschließen möchte, anzuwünschen. Es ist also bestimmt zu erwarten, daß dann eine befriedigende Lösung gefunden werden wird, die übrigens die beiden Verbände mit gleicher Sehnsucht zu erwarten scheinen.

Der (sozialdemokratisch gefärbte) Volkschullehrerverband hält in Amsterdam seine 81. Jahrestagung ab. Den Hauptpunkt der Beratung bildete hier der Antrag der Ortsgruppe Amsterdam, der Verband möge sich dem N. V. B. anschließen. Die Befürchtung, die man jedenfalls als dem Anschluß günstig voraussehen kann, wurde bis zum folgenden Jahre verlegt. Dieser Verband, dem zahlreiche christliche, liberale und andere konkurrierende Volkschulverorganisationen gegenüberstehen, ist diesen letzteren an Mitgliederzahl

weit überlegen; auf dem Kongress waren 181 Ortsgruppen durch 260 Delegierte vertreten.

Der dem N. V. S. angeschlossene Verband der Landarbeiter hält in Wolfsburg seine Jahrestagung ab; 12 Bahnhöfe waren vertreten; über ihre Mitgliederzahl konnten aber keine genauen Angaben gemacht werden, da das Resultat der eben vorgenommenen statistischen Erhebung noch nicht vorliegt. Im verflossenen Jahre wurden zahlreiche Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Die Herausgabe eines Verbandsorgans wurde beschlossen.

Schließlich sei die erfreuliche Tatsache mitgeteilt, daß die Zahl der dem N. V. B. angeschlossenen Mitglieder nach der am Ende des Jahres 1906 vorgenommenen Erhebung 25 000 beträgt, also etwa sechsmal soviel, wie das noch vor wenigen Jahren allmächtige N. V. S., und jedenfalls mehr, als je von irgend einer gewerkschaftlichen Organisation in den Niederlanden verzeichnet werden konnte.

Der belgische Gewerkschaftskongress. Unser belgischer Mitarbeiter schreibt uns: Während der Weihnachtstage traten in Brüssel die Vertreter der der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei angeschlossenen Verbände zu ihrem Jahrestag zusammen. Der Bericht der Kommission zeigte von der Schwäche der Zentralorganisation und von den fast entmütigten Schwierigkeiten, die der Particularismus und der Mangel an Organisationskunst bei den einzelnen Gewerkschaften und Kartellen ihr bereitet, zugleich aber von dem festen Willen und dem unaufhörlichen Wirken, um diese Schwierigkeiten zu überwinden, um das zu schaffen, dessen die belgische Gewerkschaftsbewegung am meisten entbehrt: eine starke Zentralorganisation, mit beförderten Angestellten, hohen Beiträgen, und über die Stelle eines bloßen Korrespondenzbüros hinausgehenden Befugnissen. Die Gewerkschaftskommission hat im Laufe des Jahres 18 Sitze abgehalten und 452 Korrespondenzstücke verfasst. Für 55 000 von den 100 000 nominell angeschlossenen Mitgliedern wurde der statutengemäße Jahresbeitrag von 6 Centimes (4 Pfennigen) pro Mann entrichtet, was immerhin gegenüber dem Vorjahr noch eine Zunahme von 22 000 zählenden Mitgliedern bedeutet. Das Budget der Kommission, deren Aufgabe ungefähr die der deutschen Gewerkschaftskommission entsprechen sollte, die aber keinen einzigen beförderten Beamten hat (die Arbeit des Sekretärs wird durch den Vorsitzenden des Sekretärs der Brüsseler Metallarbeiter, den Genossen Bergmans, nebenamtlich erledigt), bezieht sich mit 4914 Fr. Jahresentnahmen und 3408 Fr. Ausgaben. Das von der Kommission herausgegebene monatliche Korrespondenzblatt, das von den einzelnen Gruppen in jeder Beziehung ungenügend unterstützt wird, verursacht ein ziemlich starkes Defizit, so daß im ganzen ein Verbleib von nur 576 Fr. übrig bleibt. Die belgische Arbeiterschaft geht aber überall, wo es gilt, bei einer unvorbereiteten, spontanen Aktion kämpfende Arbeiter in jeder Weise zu unterstützen, ebenso fig und tief in die Tasche, als es diese Bewegung bei der Leistung von regelmäßigen Beiträgen für die Organisation träge und schwerlich ausführt. So wurden bei der großen Textilarbeiterausprägung von Berlin innerhalb drei Wochen mehr als $\frac{1}{4}$ Million Mark an freiwilligen, auf Sammlerlisten gezeichneten Beiträgen für die Ausgepressten aufgebracht, ganz abgesehen von der Unterstützung, die ihnen anderwärts, wie durch Darlehen von den großen Gewerkschaften und Genossenschaften und durch das Unterbringen der Kinder, teilweise von ganzen Familien der Ausgepressten, bei den Arbeitern im ganzen Lande, gewährt wurde. Auch fand die nationale Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit, die am 15. August in Brüssel stattfand, mehr als 75 000 Arbeiter aus dem ganzen Lande zusammen.

Der Kongress fing gleich, nachdem er den Bericht der Kommission entgegengenommen und gutgeheißen und eine Grenzstreitigkeitsfrage zwischen dem Wagenbauer- und dem Holzarbeiterverband an die Gewerkschaftskommission verwiesen hatte, mit der Beratung der von der Kommission ausgearbeiteten Statutenvorlage an. Dieselbe beantragt die Schaffung eines mit 2400 Fr. im Jahre befördeten Sekretariats und die Erhöhung des Jahresbeitrages von 5 auf 10 Centimes pro Mitglied. In der sehr langen und gründlichen Diskussion, die sich darüber entspinnit, kommt zum Ausdruck, daß alle Delegierten die Schaffung des Sekretariats als unentbehrlich betrachten; dagegen gehen die Meinungen darüber auseinander, ob man die Mehrerentnahme, die dazu erforderlich ist, dadurch zu erzielen suchen soll, daß man die restaltären (nichtzählenden) Verbände zur Zahlung des bisherigen Beitrages von 5 Centimes verpflichtet, oder aber dadurch, daß man den Beitrag einfach auf 10 Centimes erhöht und also auf die Zahlung dieser kolossal Summe von Seiten derjenigen Gruppen verzichtet, denen schon die 5 Centimes zuviel waren. Diejenigen Gewerkschaften, die bisher ihre Beiträge pünktlich zahlten (die flämischen Textilarbeiter und der Metallarbeiterverband), treten für die erste Lösung ein, die anderen, namentlich die Bergarbeiter, die nur für 12 000 ihrer angeblichen 60 000 Mitglieder bezahlt haben, für die zweite. Schließlich einigt man sich dahin, daß man die Entscheidung einer Urabstimmung, deren Ergebnis in drei Monaten bekannt gegeben werden soll, zu überlassen beschließt. Die Amtststellung des beförderten Sekretärs wird aber von jetzt an im Prinzip beschlossen.

Bei der weiteren Statuteneratung wird mit starker Majorität die Bestimmung aufgenommen, daß nur diejenigen Gewerkschaften, die von der Kommission genehmigt worden sind, von ihr unterstützt werden können. Von praktischer Bedeutung ist diese Bestimmung nur insofern, als die moralische Unterstützung der Gewerkschaftskommission durch Aufzukauf zu Geldsammelungen usw. in Betracht kommt, denn von ihren 576 Fr. Verbleib wird wohl nicht vielen Lohnbewegungen zum Sieg verholfen werden können. Prinzipiell ist aber diese Entscheidung, die noch vor wenigen Jahren gar nicht so hätte ausfallen können, von der größten Bedeutung, weil sie darauf hinweist, daß im Schope der belgischen Gewerkschaftsbewegung, auch wenn die moderne Organisation nur noch in schwachen Umrisse ausgebildet werden könnte, lebendig ist.

Wegen der vorgerückten Zeit — die Statuteneratung hatte fast zwei ganze Tage in Anspruch genommen — wurde die Beratung der sehr wichtigen Frage der Beziehungen der Gewerkschaftskommission zur (sozialistischen) Arbeiterpartei verschoben.

ac. Die Teuerungsablagen der Schweizer Eisenbahner. Die Delegierten des Schweizer Eisenbahnerverbands traten am vergangenen Sonntag zu einer zweiten Versammlung in Marburg zusammen, um Stellung zu nehmen zu der Antwort der Regierung auf die Anträge der Zürcher Delegiertenversammlung. Die Antwort der Regierung wurde als eine Verschleppung bezeichnet und die Versammlung stellte nun die Forderung auf, daß die kompetenten Behörden eine allgemeine Befolgsverhöhung vornehmen. Als untere Grenze hat eine Jahresquote von 120 Franken rückwirkend auf den 1. Januar 1906 zu gelten. Der Minimallohn der Tagelöhner soll 4 Franken bis 6.00 Franken betragen. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen, ebenso ein Beschluss, wonach diese Zulagen bis zum 15. April bewilligt sein müssen, andernfalls tritt eine neue Konferenz zusammen, um endgültige Beschlüsse zu fassen.

In dem Industriebezirk von Charleroi sind mehrere Teile ausgebaut, u. a. auf den Kohlengruben St. Quentin wegen der Entlastung eines Vorarbeiters. Auf den Stahlwerken Sambre et Meuse (belgische Firma) sind 250 Mann entlassen worden, auf den Glaswerken von Roux wurde die Arbeit niedergelegt. Seit 40 Tagen stehen außerdem die Arbeiter der Grube Grand Conth in Gosselies im Ausstande. Es ist zu Gu-

sammenstößen zwischen Ausländern und Arbeitswilligen gekommen.

Ein glänzender Solidaritätsbeweis der französischen Arbeiterschaft. Eine Anzahl Kinder der streikenden Schuhmacher von Rouges werden am Mittwoch abend in Paris aufgenommen, wo sie von den Partei- und Gewerkschaftsgenossen aufgenommen werden sollen. Der Empfang der Kinder am Bahnhof soll zu einer großen öffentlichen Demonstration den Anlaß bieten, wozu die Seineföderation der sozialistischen Partei die ganze Pariser Arbeiterschaft durch Plakate eingeladen hat.

Gerichtsraum.

Reichsgericht.

Das Flugblatt An das preußische Volk, in welchem zum Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht aufgerufen wird, beschäftigte das Reichsgericht. Das Landgericht Görlitz hat in dem Flugblatt eine Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die Vorgänge in Russland. Darin müsse eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander erblieben und am 2. Juni v. J. den Expedienten Gotthold Lüttke, der als Verleger des Flugblatts gezeichnet hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach Auffaß des Gerichts ist in einem Satz des Flugblatts „zur Propaganda der Tat“ aufgerufen worden im Hinblick auf die V

Versammlungen zur Reichstagswahl

Taucha Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im Goldenen Ring.

Stötteritz Sonnabend, den 12. Januar, abends 9 Uhr, im Gasthof zum Löwen.

Liebertwolkwitz Sonnabend, 12. Januar, abends 1/2 Uhr, im Gasthof zu den drei Linden.

Göldengossa Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Gasthof Göldengossa.

Wachau Sonntag, den 13. Januar, abends 1/2 Uhr, in Fiedlers Gasthof.

Rückmarsdorf Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Gasthof Sandberg.

Seebenisch Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Seebenisch.

Holzhausen Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Gasthof zum sächsischen Haus.

Portitz, Plaussig, Seegeritz, Merkwitz Sonntag, 13. Januar, nachm. 1/2 Uhr, im Gasthof zu Plaussig.

Engelsdorf-Sommerfeld Sonntag, den 13. Januar, nachm. 2 Uhr, Gasthof Engelsdorf (Heße).

Zweenfurth Sonntag, den 13. Januar, vorm. 11 Uhr, im Gasthof Zweenfurth.

Mockau-Thekla Montag, 14. Januar, abends 1/2 Uhr, im Neuen Gasthof zu Mockau.

Wahren Dienstag, den 15. Januar, abends 1/2 Uhr, im Birkenschlößchen.

Möckern Dienstag, den 15. Januar, abends 1/2 Uhr, in der Goldenen Krone, Möckern.

Gohlis-Eutritzsch Dienstag, 15. Jan., abends 1/2 Uhr, im Schloß Drachenfels.

Lützschen-Hänichen Mittwoch, den 16. Jan., abends 1/2 Uhr, im Gasthof Lützschen.

Markranstädt Freitag, den 18. Januar, abends 1/2 Uhr, im Saale der Stadt Leipzig.

Kleinzschocher Freitag, den 18. Januar, abends 1/2 Uhr, in der Terrasse.

Grosszschocher Sonnabend, 19. Jan., abends 1/2 Uhr, im Gasthof zum Trompeter.

Böhlitz-Ehrenberg Sonnabend, den 19. Jan., abends 1/2 Uhr, Grüne Aue

Klein-Dölzig Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Goldenen Hirsch.

Leutzsch Sonnabend, den 19. Januar, abends 1/2 Uhr, im Schwarzen Jäger.

Wiederitzsch Sonnabend, den 19. Januar, abends 9 Uhr, im Bergschlößchen in Wiederitzsch.

Stahmeln Sonnabend, den 19. Januar, abends 1/2 Uhr, im Gasthof Stahmeln.

Sozialdemokratischer Verein für d. 12. sächs. Reichstagswahlkreis.

Heute

Mittwoch, den 9. Januar 1907, abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Volkshauses, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

Aufstellung einer neuen Reichstags-Kandidatur für Leipzig-Stadt.

Der Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

In Abrechnung der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, wird im Dorotheen-

garten, Leipzig, Dorotheenstraße 12, ein

[739]

Vortrag mit anschließendem Kursus

über das Thema:

Der Wert der Weltsprache Esperanto für Beamte, Kaufleute u. Arbeiter

gehalten werden. Eintritt frei. Damen und Herren sind willkommen.

Für Bruchleidende!

Garantie für Heilung resp. Zus-

rüchtigung aller Unterleibsschäden.

Billigste Preise.

P. Liedtke, prakt. Sanitätsfach-

mann, prakt. Sanitätsfach-

<p

1. Beilage zu Nr. 7 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 9. Januar 1907.

Politische Uebersicht.

Der Feuerwerker der Kolonialpolitik.

Vor einem Forum von Kolonialschwärmern aus den bestehenden Klassen produzierte sich gestern in Berlin der Kolonialkommis der deutschen Regierung, Herr Dernburg, und zeigte, daß er in den paar Monaten seiner Wirklichkeit seinem Chef und Gönner Blümle das Wesentliche abgeguckt: wie er sich täuspt und spukt, wie er brilliert und schönredet. Mit einem Palmenzweige stand er am Eingang seiner Rede in schöner, edler Menschlichkeit da, und rollte eine Kolonialidylle rosigster Färbung auf. Nicht Blut und Eisen gab er als Kolonialparole aus, sondern verlongte an Stelle der Bureaucratie Männer mit gesunden Menschenverstand, freier Anschauung, die den Druck der neuen Regierung nur da ausüben, wo es zur Erfüllung ihrer Aufgaben absolut notwendig sei. Nicht mit Zerstörungsmitteln, mit Erhaltungsmitteln sollte man kolonisieren, mit dem Missionar und dem Arzt, der Eisenbahn und der Maschine, dem Elektrotechniker und Geologen, dem Botaniker und Zoologen, dem Philologen und Historiker, mit dem Dichter und dem Maler!

So zog Dernburg alle Register einer herauschenden Zukunftsmusik. Als er sich in das Gebiet der Zahlen und Tabellen begab, durfte man flüglig erwarten, er werde aus ätherischen Höhen auf die Erde herabsteigen. Über weit gefehlt: Das ist der alte Märchenwald! Es duftet die Schwindelblüte! Wie in seinen beiden Denkschriften über die deutschen Kolonien brannte er auch hier ein augenblendendes Bahlensfeuerwerk ab. Damals kapitalisierte er mit Börsenroutine die Exportproduktion der Kolonien mit 5 Prozent, um eine Milliarde Investiturstapital für die Kolonien herauszubekommen. Diesmal berechnete er nicht minder eigentümlich die Kosten der deutschen Kolonialspäße.

Das Deutsche Reich habe in 22 Jahren 700 Millionen Markt für die Kolonien ausgegeben; in Wahrheit hat es mehr als das Doppelte hineingeschüttet. Die jährlichen Durchschnittsausgaben betragen also nach Dernburg 30, in der Tat 60 Millionen. Damit fällt schon die ganze Berechnung in sich zusammen. Aber auch jede der folgenden Behauptungen für sich betrachtet ist ein Kartenzaus. Das deutsche Nationalvermögen sei in diesen 22 Jahren um mindestens 30 000 Millionen Mark gewachsen. Hagegeben! Wer was Gladstone in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von dem herauschenden Zuwachs des englischen Nationalreichtums feststellte, gilt auch für diesen und jeden: er beschreibt sich fast ausschließlich auf die bestehende Klasse! Die Kolonialkosten betragen also nur 2 Prozent von diesem Zuwachs an Nationalvermögen, rief Herr Dernburg mit Emphase aus. Gut! soll er folgern, dann kann auch die bestehende Klasse, in deren Täfeln dieser Reichtum geflossen ist, durch Einkommen- und Erbschaftsteuer diese Summe mühselos abringen! Herr Dernburg folgerte etwas ganz andres. Nur ein besonderer Kreis des deutschen Volkes habe bis jetzt von der Kolonialpolitik Vorteil gehabt: die Industriearbeiter! Für 50 Millionen Mark seien deutsche Industrieprodukte nach den Kolonien ausgeführt worden. In dieser Summe steckten für 40 Millionen Mark Arbeitslöcher! Schade, daß Herr Dernburgs orientalisch blühende Phantasie stärker ist, als sein nationalökonomisches Talent. Sonst würde er, daß Amortisationsquote und Verjüngung der Arbeitsmittel in diesem Fall mindestens 8 bis 9 Millionen, wenn nicht mehr, betragen würden. Der Profit wäre gleich Null. Die Nationalökonomie des Leipziger Tageblatts, die sich heute mit abgrundiger Weisheit über Mehrwerttheorie und Klassenscheidung blamieren mögen, solchen Berechnungen aus der Tiefe ihres kindlichen Gemüts heraus Beifall zollen, aber die Zappelsirch und Konferten, denen das aus den Koloniallieferungen gezogene Geld nach Millionen im Kasten klingt, werden höhnisch ob solcher Naivität eines Geldmenschens das Gesicht verzieren.

Weiter produzierte der Solonmagier das Bahlensküsse: die Arbeiter trügen nur $\frac{1}{2}$ des jährlichen Reichsaufwands für die Kolonien. Dieser Reichsaufwand für die Kolonien wird durch indirekte Steuern gebaut. Herr Dernburg weiß recht gut, daß es etwas Schlimmeres als ein Fehler ist, wenn er der Arbeiterklasse von der Gesamtsumme aller indirekten Steuereinnahmen nur ein Drittel zuteilt. Man hat berechnet, daß Einkommen bis zu 900 Mk. 7 bis 8 Prozent an indirekten Steuern, Einkommen von 30 000 bis 100 000 Mk. nur 2 bis 3 Prozent und Einkommen über 1 000 000 Mk. gar nur 1 Prozent an indirekten Steuern abverloren. Betrachtet man die Löcher, die bisher in der Kostenberechnung des Kolonialanierungsrates klaffen, so wird seine Behauptung, auf jeden Mann mit 1000 Mk. Einkommen entfielen nur 80 Pfss. jährlicher Beisteuer zu den Kolonialkosten, ein herzliches Gelächter und ein allgemeines Schütteln des Kopfes auslösen.

Im letzten Teil der Rede wies Dernburg mit seinem Zauberstab auf die blühende Kapkolonie hin, sprach als Kolonialmessias verzückt von dem Wunder, daß aus einer vor mehreren Jahren verloren gegangenen Kiste getrockneter Datteln jetzt 3 Meter hohe Dattelpäume aufgeschossen seien und erklärte, der Dornbusch Südwest sei die sicherste sämtlicher Kolonien in materieller und klimatischer Beziehung.

Zum zweitenmal hat sich mit dieser Rede der „starke Mann“ und angeschwärzte Nationalheld als ein Jahrmarktspredigstatte letzter Qualität entpuppt. Seine Bahlenspielerei steht so voller Fehler, daß sie dem jüngsten Stift eines Bankhauses den Hals brechen würde. Trotzdem werden dieselben Elemente, die an der Denkschrift als an einer „Glaubenssache“ und einer „Bahlensongiererei“ küh vorübergeschritten sind, diese Phantasmagorie mit tolem Jubelgeheul begrüßen, denn Dernburg ist der deutschen Bourgeoisie schon so unentbehrlich geworden wie der französischen Feinerie die Cafimir-Perier und Lafitte, die die „Revolution der Verachtung“ entfesselt. Seine

Unentbehrlichkeit hat er selbst auf heliographiertem Schreiben mit einem Goethe-Zitat seinen Verehrern bestätigt:

Die Götter brauchen manchen guten Mann
zu ihrem Dienst auf dieser weiten Erde.
Sie haben noch auf dich gezählt.

Aber welche Götter! Und für welchen Dienst!

Deutsches Reich.

Zur Situation in Hessen-Nassau und Hessen schreibt man uns: Endlich kommt die Wahlbewegung im bürgerlichen Lager etwas in Fluss. Noch bei seiner Wahl hat eine Verwirrung geherrscht, wie diesmal. Diese Verwirrung äußerte sich zunächst in der Kandidatensuche und jetzt in der Vielseitigkeit der Kandidaturen in den einzelnen Wahlkreisen. Erst träumte man in Hessen-Nassau und Hessen von einem großen liberalen Blod nach badischem Muster. Aber dieser fromme Wunsch ist bald an der Eisernen Kette der in Betracht kommenden Parteien gescheitert. Die Freisinn-Demokraten gönnten den Nationalliberalen nicht die Kandidaten und diese nicht jenen. Die lachenden Dritten bei diesem häuslichen Zwist im liberalen Lager werden die Sozialdemokraten und — das Zentrum sein. Es hat den Liberalen tödliche Feindschaft geschworen. Es will den Nationalliberalen einen Denkzettel erzielen, der ihnen viele Jahre im Gedächtnis bleiben soll. Der bisherige Abgeordnete des Kreises Höchstädt-Linsingen, Landgerichtsrat Itzquierdo, hat fürzlich in einer ultramontanen Versammlung offen erklärt: Die Nationalliberalen müssen vernichtet werden. Ultramontane Feindseligkeit im Rheingau droht ihren Schäfchen offen: Der Teufel muß den holen, der einem Liberalen seine Stimme gibt. Und dem Zentrum scheint es diesmal mit der Drohung ernst zu sein. Der hessen-nassauische der hessische Ausschuß der Zentrumspartei haben fürzlich in zwei Besprechungen in Limburg und Mainz beschlossen, unter keinen Umständen für einen Liberalen einzutreten. Wird diese Parole von den Zentrumshängern befolgt, dann verliert die nationalliberale Partei in Nassau und Hessen eine ganze Anzahl von Mandaten. Anderseits rechnet aber auch das Zentrum mit dem Verlust einiger Mandate, die 1903 mit nationalliberaler Hilfe erobert wurden. So wird voraussichtlich der höchste Wahlkreis, der von 1808 bis 1903 durch Genossen Brühne vertreten wurde, wieder an die Sozialdemokratie zurückfallen. Dasselbe hofft man vom Hanauer und Offenbacher Wahlkreis. In beiden Wahlkreisen sind 1903 die Nationalliberalen wesentlich mit ultramontaner Hilfe siegreich gewesen. Wenn diese Hilfe ausbleibt, sind die Nationalliberalen mit samt ihrem freisinnigen Anhang futsch. Herr Dr. Beder in Offenbach, der sich im letzten Reichstag so unruhlich betätigten hat, hat in Erkenntnis dieser Situation der Tapferkeit besseren Teil gewählt und eine Kandidatur gleich gar nicht mehr angenommen. Dadurch hat er sich am besten vor einem Durchfall bewahrt. An seiner Stelle muß ein armer Volkschullehrer Dern aus Isenburg die Sünden des Herrn Beder und seiner Partei auf sich nehmen und vor den Wahlern verteidigen. Daß Herr Ducas in Hanau doch etwas tapferer, er kandidiert wenigstens wieder. Durch die Zentrumspartei ernstlich gefährdet sind auch die Wahlkreise Wiesbaden, Friedberg, Bödingen, Bensheim, Darmstadt-Großgerau, Ingelheim und sogar Worms, die Fest des Kaiserkönigs Heck. In Wiesbaden, wo Bartsch wieder für die Nationalliberalen, Rechtsanwalt Dr. Alberti für die Freisinnigen kandidiert, hoffen die Ultramontanen mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen, und diese Hoffnung scheint nach dem Stimmenverhältnis von 1903 nicht unberechtigt zu sein. In Friedberg-Bödingen richtet sich der Haß der Schwarzen gegen den Grafen Oriola, an dem ein Exemplar statuiert werden soll. Und da dieser gräßliche Barbene, der zur Aufpolierung seines Wappenschildes eine alte, millionenreiche Witwe geheiratet hat, auch bei den oberhessischen Bauern und Geschäftsmännern nicht sonderlich beliebt ist, so ist diese Hochburg der Liberalen ernstlich gefährdet. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse im Wahlkreis Bensheim (Odenwald) und in Ingelheim, wo bisher der Freisinnige Reinhard Schmidt erfolgreich kandidierte. Dort kam 1903 der Zentrumskandidat v. Brentano als Höchstbestimmt mit dem Freisinnigen Schmidt-Elsberfeld in die Stichwahl, und unter Anwendung einer beispiellosen konfessionellen Hebe siegte der Freisinn durch die Unterstützung der Liberalen. Diesmal wird das Zentrum unter allen Umständen eine „falsche Stichwahl“ vermeiden und sein taktisches Vorgehen so einrichten, daß der Freisinnige das Mandat verliert, schrieb dieser Tage die königliche Volkszeitung. Zentrum-abgeordneter Dr. Spahn hat diese Absicht dieser Tage in einer Versammlung bestätigt, indem er erklärte, Schmidt müsse diesmal unter allen Umständen das Mandat abgenommen werden. Man kann es begreifen, daß unter solchen Umständen die Freisinnigen und Nationalliberalen mit sehr gemischten Gefühlen in den Wahlkämpfen ziehen. Ihre Wahlparteien sind um so schlechter, als sie in den meisten Wahlkreisen getrennt marschieren. Am heitersten war das Outroquo der Liberalen wohl in Frankfurt a. M. Um der Sozialdemokratie das Mandat zu entreißen, sollte zunächst eine liberale Blockkandidatur geschaffen werden. Der freisinnige Landtagsabg. Junk war der dazu Erstrebene. Aber die Frankfurter Zeitungsdemokraten hintertrieben aus parteipolitischer Eitelkeit diese Absicht und setzten es durch, daß einer der ihrigen, Landtagsabg. Oeser, aufgestellt wurde. Trumpf gegen Trumpf, dachten die Nationalliberalen und stellten als Sonderkandidaten den Jungliberalen v. Lassau auf. Und um das Durcheinander voll zu machen, haben die Mittelschüler und Antisemiten den hinausgewichsten Stadtverordneten Kämpf und die Ultramontanen den vielgewandten Mathias Erzberger aufgestellt. Alle hoffen natürlich mit dem Sozialdemokraten Quardt in die Stichwahl zu kommen und dann mit gegenseitiger Hilfe zu siegen. Über die Frankfurter Arbeiterschaft wird den Herzen eine gründliche Strich durch ihre Rechnung machen. Die Wahlstimme ist für die Sozialdemokratie in Stadt und Land die denkbare beste und es erscheint außer allem Zweifel, daß wir diesmal bedeutend besser abschneiden, wie 1903.

Berlin, 9. Januar. Dem Abgeordnetenhaus sind die Gesetzentwürfe über die Verunstaltung von Ortschaften und landwirtschaftlich hervorragenden Gegenden und über die Ausübung des Jagderechts wiederum zugegangen.

Wiemers Wimmerpapier als Reichsverbandsblatt. Eine Mumie war die Freisinnige Zeitung längst. Der Versuch, sie zu galvanisieren, hat sie gänzlich auseinanderfallen lassen, und sie haucht nun die übelsten Leichendüste politischer Verleumdung aus. Als sie sich gestern zum Monitor der Kriegervereine ernebriete, glaubten wir, sie könne nicht tiefer sinken. Wir waren zu vertrauensselig. Von der Kurrapatriotenschar der Kriegervereine ist sie heute auf die Lumpengarde des Reichsverbandes gekommen. In unserm Vorschlag, den politischen Bravos dieser

edlen Organisation in unseren Versammlungen keine Gelegenheit zu ihrem schmützigen Handwerk zu geben, erhält das ebenso edle Blatt eine „Anerkennung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ (!!) und meint:

Man wird zudem daran zweifeln dürfen, ob das Urteil der Herren von der Leipziger Volkszeitung auch mir subjektiv ehrlich gemeint ist, und ob die ganze Aktion nicht unternommen wurde, nur um sich unter einem leidlichen Vorwande von uns zu einem Diskussionen zu drücken. (!!)

In den vier Wochen, die seit der Reichstagsauflösung verflossen sind, hat sich die Freisinnige Zeitung nun endgültig einen Platz in der Reihe jener Prehpapiere erobert, die man nur zur Hand nimmt, wenn Waschwasser, Seife und Handtuch in der Nähe sind.

Der „eiserne Besen“. Die Geh. Regierungsräte v. König und Rose von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes sind zur Disposition gestellt worden.

Mit solchen Kinkerlischen will der neue Mann im Kolonialamt glauben machen, er sei ein starker Mann und fest entschlossen, den eisernen Besen zu handhaben.

Amtsmüdigkeit. Bereits zum dritten oder vierten Male seit der Reichstagsauflösung geht durch die Presse das Gerücht, der preußische Kultusminister v. Stoltze werde in einigen Monaten, sobald sein Staat vom Landtag erledigt ist, in Hinblick auf sein hohes Alter von seinem Amt zurücktreten.

Die liberalen Tröpfchen glauben so gern, was sie wünschen.

Noch ein Strafverfahren im Sand verlaufen. Das gegen den Bureauvorsteher Wissuba wegen angeblicher Auslieferung amtlicher Schriftstücke eingeleitete Strafverfahren wurde eingestellt.

Zur Polenpolitik. Die polnische Fraktion im preußischen Dreiklassenparlament beabsichtigt, nach den Reichstagswahlen eine Interpellation über die Haltung der Regierung zum Schulstreik in den Provinzen einzubringen.

Kanalbau. Es heißt, der Großherzog von Oldenburg habe bereits von Wilhelm II. das Versprechen erhalten, daß ein Kanal von der Unterweser über Oldenburg-Dörpchen nach dem Dortmund-Ems-Kanal gebaut werden solle.

gt. Eine Illustration zum Lebensmittelwucher gibt der Titel „Muschläge auf Lebens- und Genussmittel“ im Haushaltplan der Stadt Nürnberg für das Jahr 1907. Aus der dort gegebenen Aufstellung ist ersichtlich, daß im Jahre 1906 die Erträge aus diesen Muschlägen und aus den Schlachtabfällen um 190 000 Mk. hinter früheren Einnahmen zurückgeblieben sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Vorjahr in Nürnberg eine bairische Landesausstellung stattfand, die einen überaus starken Fremdenverkehr und damit auch eine große Steigerung des Verzehrs an Fleisch und anderen Nahrungsmitteln zur Folge hatte. Aus obiger Tafel läßt sich der Schluss ziehen, daß sich in Nürnberg allein der Winderbrauch an Lebensmitteln auf Millionen von Mark beläuft und die Volksernährung beträchtlich leidet. Das Volk muß entbehren, damit die Junker prassen können.

8. Die „nationale Politik“ der bürgerlichen Parteien im Reichstag. Die von den bürgerlichen Parteien geschaffene Postvorhoerhöhung hatte z. B. in Augsburg die Folge, daß der Neujahrsfartenverleih diesmal um die Hälfte geringer war als im Vorjahr, zum Nachteil der Post und vieler kleiner Tafelzähnen.

gt. Ein schwender Scharfmacher. Beim vorjährigen Bauarbeiterstreik betätigten sich der Unternehmer Bürger als einer der wütendsten Scharfmacher. Noch vor zehn Jahren war er Vorstand der Maurerzunft und ehriger Sozialdemokrat. Inzwischen ist er selbst zum Unternehmer aufgerückt und seine Gesinnung hat sich in das Gegenteil verkehrt. Während des Streiks trieb er sich fortgesetzt an den Orten herum, wo sich Streikende befanden, um sie zu provozieren und dann die Polizei auf sie zu holen. Eines Tages befand er sich auch unter einer Ansammlung von Streikenden vor einem Neubau. Bei dieser Gelegenheit sollte der Leiter der Baubüroarbeiterorganisation Rothmund mit Bezug auf Bürger gerufen haben: „Da ist der Lump, schlägt ihn nieder.“ Bürger beschwore diese Angabe vor Gericht und Rothmund wurde zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt. In der Berufungsinstanz vor der Strafsammer beschwore er abermals ganz bestimmt, daß Rothmund den Ruf ausgestoßen habe, um die Arbeiter zu Unruhen aufzustacheln, aber eine ganze Reihe von Zeugen beurteilten, daß die Auslage des Scharfmachers unwahr sei. Rothmund kam nur zufällig auf den Platz; er war auf dem Wege nach dem Bahnhof, um sich von dem abreisenden Zentralvorstand zu verabschieden. Er machte nur einen Begleiter auf Bürger aufmerksam mit den Worten, daß er der Bürger vom Arbeitgeberverband. Das Gericht mußte auf Freispruch erkennen. Ob nun gegen den so leichtfertig schwierenden Scharfmacher wegen Kleineids vorgegangen wird?

gt. Generbestattung. Das Königreich Bayern genieht den traurigen Ruhm, neben Mecklenburg der einzige Staat im deutschen Reich zu sein, wo die Generbestattung noch nicht zugelassen ist. Die Regierung hat sich seit Jahrzehnten den Schwarzen zuliebe dagegen gestraubt. Für die großen Städte wird die Frage der Bestattung von Friedhöfen immer brennender, wodurch die Sache der Generbestattung wieder in Fluss kommt. Nachdem der Magistrat der Stadt München beschlossen hat, eine Petition um Bullossung dieser Bestattungsart an die Staatsregierung zu richten, daß auch der Stadtmagistrat Nürnberg seine seit Jahrzehnten wiederholten und beständig abgelehnten Eingaben wiederholt.

Kleine politische Nachrichten. Der Schah von Persien ist gestorben. — Der Niederschlesische Landtag nahm einen Antrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung der allgemeinen Volksversicherung auszuarbeiten und dem Abgeordnetenhaus zu unterbreiten. — Bei Karlowatsche im Bezirk Kumanowo, wurden fünf bulgarische Bauern von Türken getötet. Militär verfolgte die Angreifer.

Zur Wahlbewegung.

Nationalliberale und Sozialpolitik. Beim Herannahen der Wahlen befinden sich die bürgerlichen Parteien regelmäßig wieder auf ihr warmes Herz für die Arbeiter. Sie sucht zu beweisen, daß sie die eigentliche Seele der sozialen Gesetzgebung gewesen und darum auch in erster Linie berufen sei, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. In einer Polemik gegen das Zentrum nimmt ein nationalliberales Blatt für seine Fraktion das Hauptverdienst in Anspruch und schreibt:

Wir verkennt durchaus nicht die positive Arbeit, welche das Zentrum in den letzten Jahrzehnten für die soziale Gesetzgebung leistete, aber doch meist nur auf Initiative der nationalliberalen Partei, die dadurch sogar von Seiten der Konservativen oft genug lebhafte Vorwürfe auf sich zog, die Nationalliberalen drängten zu einem allzu schnellen Tempo der Sozialreform. Alle jene tiefgründigen, organisatorischen sozialpolitischen Gesetze zur Regelung des Mittelstandes und zur Sicherstellung der Arbeiterschaft sind auf innigste mit der nationalliberalen Partei und mit den Namen ihrer früheren und jetzigen Führern verbunden.

Jedenfalls um diese Phrasen auf ihren wahren Wert zurückzuführen, bringt dasselbe Blatt an denselben Tage den Bericht über eine Rede, die ein nationalliberaler Redakteur in Düsseldorf ge-

halten hat. Der Herr äußerte dabei, daß Zentrum bekenne sich auf dem Gebiet der Sozialpolitik immer mehr zu einer einseitigen Arbeiterpolitik zum Schaden der andern Stande. Das bisherige sozialpolitische Schaumfäßlerei, das das Zentrum betreibt, ist also den Schlotjunkern noch zu „einseitig arbeiterfreundlich.“

Wahlrechtsumschichtung in den Reichstag. Die Deutsche Tageszeitung fordert auf, „starke Männer“ in das Parlament zu senden.

Ob es zu schweren Konflikten kommen wird und ob diese für die Zukunft des Reiches erfolgreich sein werden, das hängt nicht nur von der Haltung der Reichsregierung, sondern auch von der des Reichstages ab. Deshalb erscheint es nach wie vor notwendig, in den Reichstag Männer zu schicken, die den Mut, die Herzen und das Herz haben, auch einen schweren Konflikt durchzufechten und die Legen für die Zukunft des Reiches notwendigen Konsequenzen gegebenfalls zu ziehen. Für pfannenweiche Leute, die weder nach oben, noch nach unten die nötige Festigkeit besitzen, ist die Zeit nicht geeignet.

Sehr charakteristisch!

Ein Vorschlag zur Sitz. Um das deutsche Volk über den wahren Wert Deutschösterreichs aufzuklären, erhielt sich der Wahlverein alter Askaner, den kolonialbegleiteten Reichstagskandidaten in gefährdeten oder aussichtsvollen Kreisen auf Wunsch kostlosen Herren aus der Kolonie, die zur Zeit in Deutschland weilen, als Begleiter auf der Agitationsreise zu stellen. Farmer, Kaufleute, ehemalige Beamte und frühere Schuttruppen wollen einmitten dabei mithelfen. Wir machen unsern Kolonialpatrioten den Vorschlag, auch eine Anzahl Schwarzer mitzuschicken und an ihnen die Methode der südwestafrikanischen Kriegsführung zu demonstrieren. Für einen durchschlagenden Erfolg können wir einsteigen.

Der starke Mann. In seinem bisherigen Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen produzierte sich der konservative Schwarzacher v. Kröcher vor seinen Wählern und rebete dabei eine klasse Blöße sinn zusammen. Die Auslösung erklärte er selbstverständlich für berechtigt. Es sei eine insame Unversamtheit, wenn die Kerle sich herausnehmen, in die Kommandogewalt des Kaisers eingreifen zu wollen, „eine glatte, pure Unversamtheit“. Wenn man sehe, was das Zentrum und die Sozialdemokraten im Reichstage alles getan haben, dann werde man einsehen, daß es wirklich die höchste Zeit gewesen sei, einen eisernen Besen zu nehmen und „den Kerls gehörig auf die Finger zu sponnen“.

Auch seinen Parteigenossen machte er Komplimente: Es sei eben traurig, daß die Konservativen im Reichstage nicht „alpp“ sagen dürften. Wenn man hinter die Kulissen sehe, dann sehe es doch recht schlimm aus. Er habe vor einiger Zeit mit einem konservativen Abgeordneten gesprochen und ihm gesagt: Seid ihr denn ganz von Gott verlassen, daß ihr solche Anträge unterbreitet? Darauf zuckte der Herr mit den Achseln und meinte, die Pfeifen lagen einfach, wenn du nicht unterbreitest, wirst du nicht wiedergewählt. Die Liberalen seien viel energischer wie die Konservativen.

Werden die Liberalen stolz sein auf diese Anerkennung?

Hilfsgruppen der Reaktion. Der Vorstand des deutschen Beamtenbundes erklärt einen Wahlaufruf, in dem die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten aufgerufen werden, nur solchen nationalen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich verpflichten, für bestimmte Mindestforderungen einzutreten.

Ein Kandidat, der für diese Forderungen nicht zu haben sei, arbeite bewußt oder unbewußt auf eine weitere Profetarisierung der Beamtenchaft und damit auf eine Umverteilung der bestehenden Gesellschaftsordnung hin, sei somit nicht minder gefährlich als die Kandidaten der Umsitzpartei.

Die Proletarier im Stichtragen würden besser tun, Schulter an Schulter mit ihren Klassengenossen für Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen, als von den bürgerlichen Parteien ihre Heil zu erbetteln. Die Profetarisierung des Beamtenstands kann durch gesetzgeberische Maßregeln schon deshalb nicht aufgehoben werden, weil die Beamten schon heute nichts andres sind als Proletarier, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, wie die gewerblichen Arbeiter.

Bürgerliche Heuchelei. Durch die bürgerliche Presse macht ein Brief die Runde, den angeblich unsre Genossen in Oberhausen (Rheinland) an Geschäftsläden gerichtet haben und worin sie um einen Beitrag zur Führung des Wahlkampfes ersuchen. Es wird darin verwiesen auf das Interesse, daß die Geschäftsinhaber an einer Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeitstandes haben, die erreicht werden kann durch eine entsprechende Zulämmung des Reichstags. Diese Bitte wird als Androhung eines eventuellen Boykotts und Erschöpfung bezeichnet. Die Herren, die gerade jetzt wieder in Einschüchterung der Wölfe, die ihre Lofale für sozialdemokratische Versammlungen freigeben wollen, das Menschenmöglichste leisten, sollten mit solchen Vorwürfen etwas vorsichtiger sein.

Zentrumsbauern und -Arbeiter. Der Arbeiterselbstarbeiter war im Wahlkreis Schweinfurt von den Zentrumsvorwurfsleuten bereits als Kandidat ausgestellt, aber die Bauern im Bezirk Schweinfurt wollten ihren bisherigen Kandidaten, den Landtagsabgeordneten Holzapfel, nicht lassen lassen und drohten mit Rebellion. Endlich fand man einen Ausweg in der Weise, daß Holzapfel sich zum Bericht auf sein Landtagsmandat bereit erklärte, das Schwarz bekommen soll, während Holzapfel die Reichstagskandidatur beibehält.

Die Drohfaust der Bündler. Immer um einige Grade kräftiger als die Konservativen des Kreuzzeitungs-Flügels trumpfen die Bündler gegen die Regierung auf. Heute dominiert Oertel:

Die rechtsstehenden Parteien sind nicht mehr governemental und können es auch nicht sein, ohne sich selbst politisch tot zu machen.

Der Regierung graus!*

Dernburg als Wahlkandidat. Die Nationalliberalen des britischen hannoverschen Wahlkreises haben als ihren Kandidaten den - Kolonialdirektor Dernburg ausgestellt. Der Wahlkreis ist der einzige von Windhoek vertretene, bombensichere hannoversche Zentrumswahlkreis, in dem 1903 bei 18.184 Zentrumsstimmen ganze 2149 nationalliberale, 157 sozialdemokratische und 1480 nationalsozialistische Stimmen stelen. Wenn die Überalen mit ihrem Schülung durchaus die Zugkraft seines Kolonialprogramms erproben wollen, hätten sie ihnen wenigstens einen Kreis zuweisen können, wo der Durchfall weniger sicher ist.

Zentrumstrache. Den heiligen Paasche will die Partei der Heiligen zu Fall bringen. Obwohl das Zentrum die zweitstärkste Partei im Kreis Kreuznach-Simmern ist, soll der Kandidat der Agrarier im ersten Wahlgang die Hilfe der Schwarzen finden.

gt. Der Rückgang der Sozialdemokratie. Seit der Reichstagsauflösung hat der Sozialdemokratische Verein Nürnberg über 800 neue Mitglieder gewonnen. In gleichem Tempo steigt die Abonnentenziffer der Frankfurter Tagesspost. Wenn die „Verbindung“ der Sozialdemokratie weiter solche Fortschritte macht, kann es uns nur angenehm sein.

8. Die Überalen auf dem Gimpelstange. Die Überalen in Immenstadt haben einen „überalen Arbeiter“ in eine sozialdemokratische Wählerversammlung geschickt und haben ihm eine mit der Schreibmaschine geschriebene Rebe mitgegeben, die der Arme dort vorlesen mußte. Zum Schlus hieß es in der „Wahlrede“ des überalen Arbeiters, nachdem die Unternehmer meist der überalen Partei angehören, sollten die Arbeiter sämtlich auch überal wählen, denn dadurch würden die überalen Unternehmer gewungen, die Forderungen der gleichgesinnten Arbeiter zu berücksichtigen. — Schallendes Gelächter folgte dieser Vorlesung und der „überale Arbeiter“ ging hinaus und weinte bitterlich.

Sozialdemokratische Kandidaturen in Hessen. Von den Parteiorganisationen wurden folgende Genossen zu Kandidaten proklamiert: Gießen-Mildd: Eduard Krumm, Stadtverordneter in Gießen. Friedberg-Büdingen: Heinrich Busold, Schreinermeister in Friedberg. Alsfeld-Lauterbach: Karl Orbig; Stadt-

verordneter in Gießen. Darmstadt-Großgerau: Heinrich Verthold, Landtagsabgeordneter in Darmstadt. Offenbach-Dieburg: Karl Ulrich, Landtagsabgeordneter in Offenbach. Erbach-Bensheim: Peter Bahn III. Gemeinderat in Mühlheim am Main. Worms-Heppenheim: Johann Engelmann, Arbeiterselbstarbeiter in Worms-Bingen-Alsen: Peter Reichert: Gastwirt in Alsen bei Mainz. Mainz-Oppenheim: Dr. David, Landtagsabgeordneter in Mainz.

Frankreich.

Ein „sozialistischer“ Minister.

Der Ex-Genosse Viviani, der in seiner ersten Ministerrede feierlich erklärte, er sei und bleibe Sozialist, hat den Ehrenborbich des nächsten nationalen Kongresses des gelben Bauarbeiterverbands, also einer notorischen Streikbrecherbande, angenommen. Der Ministersozialismus scheint demnach nicht ganz dasselbe zu sein, wie der „gewöhnliche“ Sozialismus!

Sächsische Angelegenheiten.

Ultramontane Kandidaturen in Sachsen.

Der Umstand, daß das Zentrum seine Stimmen in den 23 sächsischen Wahlkreisen zu zählen beabsichtigt, macht die sächsische Ordnungspresse nervös, obgleich das Zentrum schon immer in sächsischen Kreisen, wo es katholische Wähler in nennenswerter Anzahl besitzt, Wahlkandidaten aufgestellt hat. Wenn jetzt Herr Matthias Erzberger in sämtlichen 23 Kreisen als Wahlkandidat fungiert, so ist daran in der Tat nichts Besonderes. Um so mehr muß die Entlastung des amtlichen Regierungsjournals über die Mitteilung der katholischen Sächsischen Volkszeitung über die ultramontane Kandidatur im 3. sächsischen Kreise (Bautzen-Bischofswerda) bestreiten, da bekanntlich das Zentrum auch bei der Wahl 1903 in diesem Kreise seine Stimmen gezählt und 1742 erhalten hat, die es dann in der Stichwahl dem Antisemiten Gräfe zuführte. Freilich gebärde sich das Dresdner Journal dabei echt blümchenpartikularistisch, indem es u. a. schreibt, es sei „in Sachsen das Vor gehen dieser katholischen Wähler als eine scharfe Herausforderung und in ihr die Absicht zu erkennen, den konfessionellen Frieden, in dem wir zum Vergleich der Römlinge im Reiche leben, bewußt von neuem zu stören — trotz aller von beiden Seiten erst vor kurzem wieder bestätigten Friedensliebe. Könnte man bisher glauben, der Wahlkampf werde sich bei uns in Sachsen auf den Kampf zwischen den Ordnungsparteien einer, der roten Internationalen anderseits abspielen, so sieht man sich durch den Beschluss katholischer Wähler Dresden in dieser Annahme gründlich täuscht. Wenn von katholischer Seite durchaus ein katholischer Kandidat aufgestellt werden mußte, so hätte es in Rücksicht auf die doch immerhin eigenartigen konfessionellen Verhältnisse, wie sie gerade in Sachsen vorliegen, als ein Gebot politischer Klugheit betrachtet werden sollen, einen nationalen, deutschen Katholiken zu erwählen.“

Früher hatte man das Zentrum nicht gefürchtet, weil es eben in der Stichwahl schließlich gegen die Sozialdemokratie votierte. Diesmal fürchtet man aber, das Zentrum werde sich bei einer Stichwahl passiv verhalten. Das würde aber im 3. Wahlkreise die Niederlage des Antisemiten Gräfe, der bekanntlich 1903 als einziger bürgerlicher Abgeordneter gewählt wurde, bedeuten. Daher die Winsel der Ordnungspresse über die Erzberger-Kandidatur. Der Vogtländische Anzeiger, der sich auf sein Deutschtum so viel einbildet, hat es sogar schon soweit gebracht, um die Stimmen der Ultramontanen im 23. Wahlkreise zu brettern, falls es dort zu einer Stichwahl kommen sollte. Natürlich, das Zentrum ist zwar wie die Sozialdemokratie international, aber es betet doch neben Rom auch das goldene Kalb an.

Freisinnige Demagogie. Die Wahlaufrufe für die Kandidaturen der freisinnigen Volkspartei in Sachsen unterscheiden sich in nichts von den Aufrufen der Nationalliberalen und Konservativen. Alle diese Aufrufe sind weiter nichts als ein Haufen nationaler Phrasen. Die „nationalen“ Parteien hätten nur gewonnen, wenn sie ihre Aufrufe gemeinsam in einer Druckerei in Auftrag gegeben hätten. Von den Schäden der Wirtschafts- und Steuerpolitik der Reichsregierung liest man in den liberalen Aufrufen kein Wort. Um so mehr ärgert es die freisinnigen Richter der Ordnungspresse, daß die Sozialdemokratie den Volksverrat dieser Mollusken brandmarkt. In einer Versammlung des Vereins der freisinnigen Volkspartei in Plauen schimpfte Herr Günther wie ein Robespier auf die Sozialdemokratie. Ihm hat es namentlich eine Brotschale: Die wahre Gestalt der freisinnigen Volkspartei angetan, in der die Stunden dieser unentwegten Volksverüter festgestellt und natürlich auch beschichtet wird, daß die volksparteilichen Abgeordneten durch ihre wuschlappige Haltung bei der Bevölkerung des Volksstaats dessen Zustandekommen mit verschuldet haben und also für die gegenwärtige Tevering usw. mit verantwortlich sind. So ist auch die Volkspartei die Richtigkeit dieser Darstellung bekräftigt haben, und so sehr sich in jener Plauener Vereinsversammlung Herr Günther bemühte, die sozialdemokratische Darstellung abzuschwärzen, es wird den Herren Günther u. Komp. so wenig gelingen, an der Tafel etwas zu ändern, daß ihre Abgeordneten an dem Zustandekommen des Volksstaats mitschuldig sind, wie an der andern Tafel, daß sie im letzten Reichstag ihre alte ablehnende Haltung zur Kolonialpolitik aufgegeben haben und im gegenwärtigen Wahlkampf voll in das Lager der reaktionären Parteien eingeschwenkt sind. Die freisinnige Volkspartei unterscheidet sich von den Nationalliberalen und den Konservativen in diesem Wahlkampf nur durch den Namen.

Wahlkuriös. Im 11. Wahlkreise hat das Zentrum auf seine Wahlkandidatur Erzberger verzichtet, um den konservativen Oberjustizrat Giese im ersten Wahlgange zu unterstützen. Diese Taktik richtet sich gegen den nationalliberal-freisinnigen Kandidaten Augustin in Gießen, der das Zentrum nicht in die Stichwahl kommen lassen will. Wenn das Zentrum in allen Kreisen so gegen die Nationalliberalen verfährt, kann die Fraktion Dresdner im nächsten Reichstage ihre Abgeordneten vielleicht an den Fingern zweier Hände abzählen.

Im 16. Wahlkreise (Chemnitz) haben die Konservativen und Mittelstandstreter bekanntlich gegen den nationalliberal-freisinnigen Fleischherobermeister Kieselbach, einem Jünfeler wie er im Buche steht, einen eigenen Kandidaten in der Person des

Niederbaurwalts Dr. Zimmer aufgestellt, weil Kieselbach sich gegen den Anschluß der Kunzungen als Korporation an die Mittelstandsbundesvereinigung ausgesprochen hat. Wie „liberal“ der Herr Kieselbach ist, beweist allein der Umstand, daß er ein ausgesprochener Anhänger des Berufswahlrechts ist. Im Ordnungsbereich steht alles durcheinander.

Im 21. Wahlkreis (Annaberg) haben die Mittelstandsbürgers noch einen Wahlkandidaten in der Person des Kaufmanns Hugo Seifert in Leipzig aufgestellt, weil weder der nationalliberalen Dr. Stroemann, noch der freisinnige noch den Herren Mittelstandsbürgern bestreitbare Erklärungen gegeben haben. In der Stichwahl, zu der es hoffentlich nicht kommt, wollen aber die nationalliberalen Herrschaften zusammenstimmen.

Im 18. Wahlkreis, Zwickau-Ehrenhain, haben die Volkspartei ihre Kandidatur Wahr endgültig zurückgezogen. Sie werden für den konservativen-nationalliberalen Kandidaten Leupold eintreten, weil er — bisher noch nicht für Volkswohler und Wahlentrecht gestimmt hat. Eine Janmargesellschaft, diese sogenannte freisinnige Volkspartei!

Eine Verächtigung. Obgleich sie nicht ganz den Ansprüchen des § 11 des Preßgesetzes genügt, wie er selbst sagt, sendet uns Herr Georg Ziehl, der Sekretär des „liberalen“ Handlungsgesellschaftsvereins und Kandidat der freisinnigen Gruppen, unter Verufung auf den § 11 eine Verächtigung an unsrer, seine Person betreffende Notiz in Nr. 8 der Volkszeitung, weil er nicht glaubt, daß wir uns zu deutschnationaler Verleumdungsarbeit mißbrauchen lassen wollen. Da es sich um einen angegriffenen Reichstagskandidaten handelt, lassen wir die Verächtigung hier folgen und sie für sich selbst sprechen:

„Es ist unwahr, daß der Verband Deutscher Handlungsgesellschaften liberal ist. Wahrl ist, daß er seinerlei politische Härtung hat und nach seinen Sätzen Politik auch nicht betreibt. Unwahr ist, daß im V. D. S. die Chefs dominieren. Wahr ist, daß unser Verband unter seinen mehr als 75 000 Mitgliedern noch nicht 10 Prozent Prinzipale hat, bei denen von einem Einfluß auf den V. D. S. nicht die Rede sein kann. Unrichtig ist, daß die Leidenschaftsseite mit dem Urteil in Cleve erledigt sei. Richtig ist vielmehr, daß gegen den Verleidigen ein zweites Strafverfahren schwelbt, in dem gegenwärtig eine umfangreiche Beweiserhebung stattfindet. Unwahr ist — wie das Urteil sagt — „daß ich heftige und unbewiesene Angriffe in unpassender Form gegen andre gerichtet habe“. Wahr ist lediglich, daß ich mich nur gegen die Angriffe anderer auf unsern Verband gewehrt habe. Es ist dem Verbreiter dieses Urteils genannt bekannt, daß es falsch ist, deshalb hat auch die Handelswacht keinen Abdruck davon gebracht. Hätte ich wirklich gelogen, wäre ich heute nicht mehr im Amt. Unwahr ist auch noch, daß die Nationalliberalen zu meinen Gunsten auf eine besondere Kandidatur verzichtet hätten. Wahr ist nur, daß ein einfacher Verzicht vorliegt, und daß beispielsweise in Meissen die Nationalliberalen wahrscheinlich den Konservativen unterstützen werden. Wir ist keinerlei Unterstützung zu gesprochen worden.“

Nur einige Worte zu dem ersten und letzten Punkte. Zu dem ersten Punkt wird gesagt, daß der Handlungsgesellschaftsverein nicht liberal sei. Zedenfalls kann man ihn infolge Übersetzungen nennen, wie man auch die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch nennt, weil ihre Mitglieder in der Mehrheit Sozialdemokraten sind. Zum letzten Punkt sei nur bemerkt, daß nicht die Nationalliberalen, wohl aber die freisinnige Vereinigung auf eine eigene Kandidatur verzichtet, oder vielmehr ihre Kandidatur zurückgezogen hat.

Sachsen's Volkschulwesen. Nach dem fünften Bericht über die gesamten Unterrichts- und Erziehungsanstalten bestanden am Ende 1904: 2310 Volks- und 1860 Fortbildungsschulen. In 40 Schulen war Knaben-Handfertigkeitsunterricht und in 120 Schulen Knab- und Haushaltungskunde eingeschürt. Zweitklassig waren 764 Schulen, davon 702 mit 1 Lehrer. Die Zahl der Volkschullehrer betrug 14 816 (1904: 11 775). Evangelisch waren 11 644, katholisch 242. Die Zahl der Volkschüler belief sich auf stetig 750 000. Die Zahl der Mädchen überstieg die der Knaben um über 15 000. Der Gesamtaufwand befasste sich auf über 42 000 000 Mk. (Hierzu Lehrerbefördigung: 26 000 000 Mk.). Die Deduktion dieses Kostenaufwandes geschieht durch einen Staatssubvention von 5,4 Millionen Mark und durch Schulgebührennahmen von 5,2 Millionen Mark und durch Zuflüsse aus den Gemeindelassen, Stiftungsfonds usw. von 31,5 Millionen Mark.

Trotz dieser großen Ziffern steht bei uns noch sehr viel am Volkschulwesen.

Das Elend unter dem arbeitenden Volle. Illustriert der Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz in Zuschriften an Dresdner bürgerliche Blätter wie folgt: „Die Sächsische Schweiz wird jedes Jahr von tausend und abtausend Touristen besucht, die sich an der herzlichen Natur dieser Bergwelt erfreuen und Kräftigung für Leib und Seele finden. Uns doch wissen die wenigsten, soviel Armut, wieviel Not in mancher Hütte dort draußen herrscht. Es ist bekannt, daß der Steinbrecherberuf fröhligste Täglichkeit ist. Sie bringt und manche Witwe ringt mit einer zahlreichen Kinderschar in bitterer Not um das Dasein. Der Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz macht es sich zur Aufgabe, diese Leute zu unterstützen.“

Wenn Sozialdemokraten das schreiben, dann heißt es, sie überreichen, um zu „hegen“. Wie richtig aber ihre Behauptungen sind, ersieht man an dieser und andern Weihnachtsbitten bürgerlicher Kreise. Ungeachtet wird hier das große Elend in Arbeiterkreisen zugegeben.

Dresden. Beim diesigen Landgericht ist ein Zivilprozeß gegen den Grafen Karl Friedrich Wilhelm von Hohenlohe und Benzenz anhängig gemacht. Die Sparkasse zu Brand bei Freiberg ist durch den Herrn Grafen um 1000 Mk. durch einen Wechsel geschädigt. Sie klagt gegen den Grafen von Hohenlohe, früher zu Berlin, jetzt „unbekannten Aufenthalts“, im Wechselprozeß unter der Behauptung, daß ihr aus einem Wechsel vom 15. Mai 1906 ein Anspruch von 1000 Mk. zustehe und beantragt, die Beklagten als Gesamtculpöner zur Zahlung von 1000 Mk. sammt 6 Proz. Zinsen vom 15. August 1906 ab, 8,34 Mk. Provision und 12,30 Mk. Protestosten zu verurteilen. Die Klägerin lobt den Beklagten Herrn Grafen für milde Verhandlung des Rechtsstreits vor der 3. Kammer für Handelsachen des hiesigen Landgerichts auf den 28. Februar 1907. Hoffentlich kommt er, damit die städtische Sparkasse zu Brand bei Freiberg wieder zu ihrem Gelde gelangt.

Dresden. Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung steht u. a. die Interpellation der Stadtverordneten Redakteur Fleißner und Genossen, betreffend das Ergebnis der Beweisaufnahme und das bekannte Urteil in dem vom Platz gegen den Kaufmann Frenzel hier wegen Beleidigung von Beamten des Hindelhauses abhängig gemachten Strafprozeß und die Maßregeln zur Befreiung von Missständen im Hindelhaus.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Untert der Straße von Niederschönau nach Harttha wurde eine in der Mitte der 90er Jahre liegende Frau erfroren aufgefunden. Sie hat sich in den kalten Tagen in der Gegend abdosch aufzuhalten und bezogtete sich als eine aus Brand gebürtige Buße. Die Verstorbene ist anscheinend in den tiefen Schnee hineingeraten, dort eingeschlafen und erfroren. — Auf der Haltestelle Amerika bei Hochburg verunglückte der Hilfsbahsteigfahner Eidam dadurch, daß er beim Zusammensto

Merseburger Biere sind die besten und bekommlichsten.

Felsenkeller

Morgen Donnerstag

Grosses Extra-Konzert

Wagner- und Strauss-Abend
vom Leipziger Tonkünstler-Orchester Günther Coblenz.
Hierauf: Vornehmste Ballmusik des Westens.
Anfang 8 Uhr. Felsenkellerarten gültig. Eintritt 20 Pf.
Hierzu lädt erfreut ein [732] Jean Steppeler.
Sonntags: 25-jähriges Stiftungsfest des Brehmerschen Gesangvereins.

Echte UNION-LIKÖRE

und
echte Union-Kornbranntweine
die besten und feinsten Qualitäten
überall zu haben.
Verkaufsstelle:
Fabrik Union, A.-G.
Leipzig, Windmühlenstr. 18
Mockau-Leipzig.

Seit und folgende Tage werden 4-5 Wochen alte
Saug-Kälber

nur prima prima prima Ware

ausgespundet

[644]

à Pfd. 60 Pf.

wie es kommt, ob Neule oder Mere, ganz gleich.

Robert Röser

Fleischermeister

Reudnitz, Wallwitzstrasse 2.

Filialen:

Leipzig, Markthallenstraße
Fünfengelstrasse 1
" Pestalozstr. 2, Spiegelsbrücke
Schleißig, Könneritzstraße

Plagwitz, Karl-Heines, Ecke
Merseburger Straße
Gohlis, Eisenacher Straße
Eutritsch, Magdalenenstraße
Möckern, Hallische Straße.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren

sowie ganze Ausstattungen verkauf zu billigen Preisen
Erstes Schlesischer Möbelmagazin

von Wilhelm Röhner, Möbelmeister, Jahnstraße 19 b.

Gegründet 1899. Besichtigung auch Sonntags. Transport frei. [19891*

Unsere verehrlichen
Leser werden gebeten, beim
Einfügen von Wohnungen stets
auf die Wohnungsanzeigen
der Leipziger Volkszeitung zu bezleben.

Wohnungsanzeigen.

Schöne Logis, ges. Lage u. der
Stötteritz.

2 St., 2 R., 2 B., Innenhof, 380,- M.
2 St., 1 R., 2 B., Innenhof, 360,- M.

Bu. erst. Arnoldstr. 32, III. r.

Leutzsch. (Nahe am Walde.)

Gr. Salo, 1 Stube, 1 Rü., 2 B.

Bodenfamme 300 u. 280,- M.

2 St., 3 R., 2 B., 2 B., Bodenf., 350,- M.

1 St., 1 Rü., 2 B., 2 B., Bodenf., 240,- M.

Nähe Schwabstraße, 8, Baumgarten.

Zentrum.

Brandvorwerft, 43, Schöne

Logis 480, 260, 200,- M. 1.4. j. verm.

Osten.

Stött., Holzhäuser Str. 15, Sonnenallee

sch. gr. Wohnungen u. 280-380,- M.

z. v. Schöne freie Ausl., Straßenb.

Verb. Nähe Mölkauer Str. 14,- *

Stötteritz.

Probsteidammstraße 5, frbd.
Wohnung, 2 Stufen, Zimmer,
Rüche u. Bub. v. 265 M. an per
1. April 1907 zu verm. Wollesky.

R., Augustenstr. 11, I. r., Garconlog.

Westen.

Leutzsch. Schöne gr. Wohn.,
v. 220-260,- M. 1./4.

Nähe. Grenzstr. 6, pt. r. [490] *

Verkäufe und Käufe.

Verkaufe die noch am Lager befindlichen
Polststolas zu jedem annehmb. Preis. Läubchenweg 79, II.

Schröders Damen-Monats-Gardarobe, *

8 Elisenstr. 8, Ecke Schleitterstr.

Eleg. u. einf. getrag. Straß- u. Ball-

Kleid, Blus., Ind. usw. auf. billigst.

Jackett i. mittell. Frau bill. z. v.

Thonb., Stötteritzer Str. 16, pt. r.

Erlanger Brauhof, Katharinenstrasse 20.

Heute und folgende Tage Auslass des hochseinen Bier-
bieres „Sensationator“ (½ Liter 20 Pf.). [710]
Anerkannt gute Küche. Herm. Günther.

Raucht Eckstein-Cigaretten!

Nr. 5



Diese rühmlichst bekannte
Zigarettenmarke
wird auch nach Einführung der
Zigarettensteuer in derselben
vorzüglichsten Qualität und
Handarbeit hergestellt.

Preis: 10 Stück 25 Pf.

Der enorme Konsum beschäftigt die Fabrik, die Zigaretten-
handlungen stets mit frischer Ware zu versorgen.
Man verlange ausdrücklich:

Eckstein's Nr. 5

und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle
Firma „A. M. Eckstein & Söhne“ nebst Schuhmarke
trägt. (Arbeiterzahl über 800.)

Vertr. O. Hagelganz, Leipzig, Promenadenstr. 43, III.

Geschäfts-Uebernahme.

Gebe mir, dem gebreiten Publikum von Knaut-
kleeberg und Umgebung ergebenst mitzuteilen, daß
ich das Geschäft des Herrn Louis Klemm über-
nommen habe und dasselb. Sonnabend, den 12. Januar, ein

Fleisch- u. Wurst-Geschäft

eröffne. Mein Bestreben geht darin, durch gute, reelle
Waren den Ansprüchen des geehrten Publikums in jeder
Hinsicht gerecht zu werden.

Indem ich um gütige Unterstützung meines Unter-
nehmens bitte, zeichne Hochachtungsvoll

Paul Däbritz

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren.

Zur Eröffnung erhält jeder beim Einkauf eine Probe
meiner Spezialität: „Hanschläuter Blut- und Leber-
wurst“ gratis. [712]

Bennolin!

Anerkannt bestes Putzmittel für alle Metalle, erprobt vom 1. Berliner
Weissig-Puhsinstitut. Fabrikant Karl Quastenberg. Quasten-
bergs Scheuerpulver schenkt alles bläsigblank, best. Reinigungs-
mittel für die Küche. Überall käuflich! Vertr.: P. Kayser, Moitkestr. 46.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

— Abteilung Buchhandlung —

Leipzig, Tauchaer Strasse

empfiehlt sich dem geklärten
Publikum von Leipzig und
Umgegend zur Besorgung
aller Neuerscheinungen in
Partei- u. Gewerkschaftsliteratur
sowie aller Art Zeitschriften
Werke auch lieferungsweise
Schulbücher nach Vorschrift
Pünktliche Zustellung ist
Auftraggeber zugesichert

Die Austräger der Leipziger Volks-
zeitung nehmen Bestellungen ent-
gegen ebenso unsere Filialgeschäfte
Lindenau, Lützner Strasse 41
Volkshaus, Zeitzer Strasse 32.

Sächsische Margarine-Fabrik

Paul Augustin, Leipzig

arbeitet ohne kostspielige Reklame und braucht sich
solche vom Konsumenten daher auch nicht bezahlen zu
lassen. Ferner hat sie mit äußerst günstigen Frach-
verhältnissen zu rechnen und wird durch vorstehende
Tatsachen in die Lage versetzt, ihre Spezialmarke

„Vorwärts“

in unübertroffener Qualität herzustellen.

„Vorwärts“-Margarine wird täglich frisch geliefert
und bietet besten Ersatz für
Naturbutter.

„Vorwärts“-Margarine schmilzt beim Braten, spritzt
nicht, ist von feinstem Wohlgeschmack
und duftet wie Molkereibutter.

Man verlange ausdrücklich die „Vorwärts-Margarine“.

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern
an die Expedition der **Der Teufelsglaube**
Leipziger Volkszeitung zu richten. | 1 M. | Volksbuchhandlung Leipzig.

Kleiner Anzeiger.

Sur Herstellung von schmiedeeisernen Formfasten wird ein
jüngerer, unverheirateter

Konstruktions-Schlosser

welcher in dieser Branche durchaus erfahren ist und die Fabrikation
selbstständig leisten kann, als

Vorarbeiter

zu engagiert gesucht. — Gute Bezahlung und dauernde Stellung
gewünscht. — Schriftliche Offerten erbeten unter M. D. 49 an

Hausenstein & Vogler, A.-G., Leipzig. [725]

Für Augenkrankt täglich zu sprechen

Dr. Klein, Augenarzt

Karl-Heine-Str. 25 b.

Wohne jetzt

Gautzsch, Oetzscher Str. 199, I. r.

Dr. med. Zeidler.

Wir suchen gute schwäbige

Erfindungen

Patent, Wünsche & Uhlig

Leipzig, Inselstraße 18.

Möbeltransporte (auch
mit Rollwagen) u. Auf-
bewahrung übernehmen
Hans Eigner
Holzwaren, 8, Nähe Markt.

Strümpfe neu u. angefrischt, auch
i. Geschäft. Läubchenweg 66, II. I.

Entlaufen gr. schw. Wachhund,
auf „Lord“ hörend. Sieg. Bel. abzug.

Döllig, König-Albert-Str. 7.

Der Aufkauft wird gewarnt.

Zugbund zugelaufen.

Gröbern bei Schnuppel.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Zigarren-Hausarbeiter

ver sofort und dauernd bei hohen
Wöhnen gefucht. Off. u. A. 496 an

Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig.

Fräst. Weißmacherin gefucht.

Göbl., St. Privatstraße 10, I.

Schlosserlehring

für Öster stellen ein

Knopf & Mücke,

Lindenau, Barnder Straße.

1 tüchtige Lumpensortiererin

sofort bei hohem Wöhne gefucht.

Johannes Ulrich, Marktstr. 32.

All. und Handlungsbüro i. eluf. Haush.

ge. Off. unt. U. 44 a. b. Exped. d. Bl.

Grau gefucht, die Freitags beim

Schlachten (I. Osten) helfen kann.

Off. unt. S. 42 a. b. Exped. d. Bl.

Suche i. Dan ob. Febr. Mädch. z. I.

Hausr. Elzold, S. Othelmstr. 22.

Hausarb. Elzold, S. Othelmstr. 22.

Suche i. Dan ob. Febr. Mädch. z. I.

Hausr. Elzold, S. Othelmstr. 22.

Hausarb. Elzold, S. Othelmstr. 22.

Suche i. Dan ob. Febr. Mädch. z. I.

Hausr. Elzold, S. Othelmstr. 22.

2. Beilage zu Nr. 7 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 9. Januar 1907.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, den 9. Januar.
Geschichtskalender. 9. Januar 1878: Napoleon III., Kaiser der Franzosen, in Chislehurst gestorben. 1905: Louis Michel gestorben.

Wähler Leipzigs! Für die Klasse-justiz ist am 25. Januar Vermin angeseckt, wo Ihr über sie richten sollt.

Leipzig, 8. Januar 1907.
An den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins
für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Hier.

Geehrte Genossen!

Zu meinem aufrichtigen Bedauern muß ich Sie bitten, mich von der Kandidatur für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis in den gegenwärtigen Reichstagswahlen zu entbinden. Ich bin dem Rufe der Wähler gefolgt, weil ich hoffte, trotz meines Alters und des in seinen Folgen noch nicht behobenen körperlichen Unfalls, der mich im vorigen Frühjahr betroffen hat, den Aufregungen des Wahlkampfes gewachsen zu sein, und auch, im Hause eines für uns günstigen Wahlkampftages, die parlamentarischen Pflichten erfüllen zu können. Doch habe ich neuestens Grund zu der Befürchtung, mein körperliches Befinden überschätzt zu haben, und will den Sieg unserer Sache nicht gefährden durch das etwaige Versagen meiner Kräfte. Ich bitte deshalb die sozialdemokratischen Wähler des 12. sächsischen Reichstagswahlkreises, unter dem herzlichen Dank für das mir geschenkte Vertrauen, auf einen jungen und kräftigen Genossen Ihre Wahl zu lenken und mich als einsachen Soldaten in Reih und Glied zu betrachten, der im Wahlkampfe nach bestem Vermögen seine Pflicht gegen unsre gerechte Sache erfüllen wird.

Mit parteiengönssischem Gruß

Julius Motteler.

Mit aufrichtigem Bedauern geben wir unsern Lesern von dieser Erklärung unsres treu bewährten Veteranen Kenntnis, dem die deutsche Sozialdemokratie zu so unauslöschlichem Danke verpflichtet ist. In einem Menschenalter aufreibendster Kämpfe, im Sturm des Ausnahmegegesetzes, im Elend des Exils hat Julius Motteler stets im Vordertreffen gestanden. Ihm war keine Last zu groß, keine Arbeit zu mühsam im Dienste der Partei. Dessen gedanken wir dankbar im jetzigen Augenblick, wo unser Kampferprobter Sturmgefechte aus den Vorderreihen zurücktritt und seine Wähler bittet, die ihm angegragene Reichstagskandidatur in die Hände einer jüngeren Kraft zu legen.

Wie wir hören, ist als Reichstagskandidat Genosse Heinrich Lange, Lagerhalter und Stadtverordneter, aussersehen. Die Verdienste, die sich Genosse Lange durch seine fünfundzwanzigjährige Arbeit im Dienste des Proletariats, durch seine zwölfjährige Tätigkeit im Rathause erworben hat, die Uneigennützigkeit und der treue Fleiß, den er dabei bewiesen, haben ihn in den weitesten Kreisen unseres Stadt populär und beliebt gemacht, so daß er wohl imstande wäre, als Nachfolger Mottelers die Interessen des werktätigen Volkes im Reichstage zu vertreten.

Jugend.

In der gestrigen Wählerversammlung im Centraltheater bereitete es dem Vorsitzenden, Reichsgerichtsrat Sievers, ein diebisches Vergnügen, auf das sächsische Juwel hinweisend, die Jugend zum Verlassen des Saales aufzufordern; „da draußen jollten sie so lange warten, bis sie mündig seien“. Einem Versammlungsbetreuer, der einen durchaus sachlichen Zwischenruf machte, rief Herr Sievers später zu, er habe doch die Minderjährigen am Anfang zum Verlassen des Saales aufgefordert. Es versteht sich, daß dem Vorsitzenden von den Nationalen lebhafter Beifall gespendet wurde. Diese Herabsetzung und Verhöhnung der Jugend steht aber in striktem Gegensatz zu dem Aufruf des Jungnationalliberalen Vereins an die Jugend in der Sonntagsnummer des Tageblatts. „Es müsse — heißt es darin — mit der vielfach noch herrschenden Ansicht gebrochen werden, daß Politik eine Sache sei nur für Leute mit ergrauten Köpfen.“ Dieser Satz wird die ergrauten Herren Nationalliberalen besonders freuen.

Es handelt sich in dem Aufruf aber bei der Gewinnung der Jugend nicht etwa nur darum, die Jugend politisch aufzuklären, sondern er verlangt dringend, daß sich die Jugend direkt an der Wahlarbeit beteilige und die Lauen und Unentzessenen für die Wahlarbeit aufklären solle. Zum Schlusse heißt es dann:

Auf! Deutsche Jugend, zeige, daß du besser beraten und daß du gewillt bist, alle deine Kräfte in den Dienst der nationalen Sache zu stellen. Unterstüze in jeder Weise die Kandidaten der nationalen Parteien.

Also direkt aktiv eingreifen in den Wahlkampf soll die Jugend, wogegen selbstverständlich nichts zu sagen ist; nur bemerkst du demgegenüber werden, daß die bürgerlichen Parteien und ihre Organe es uns gerade immer als größtes Verbrechen anrechnen, daß wir die Arbeiterjugend politisch aufklären. Aber freilich! Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe.

Ein Platz für die Ordnungsbrüder

bedeutete die gestern abend im Centraltheater abgehaltene zweite „nationale“ Wählerversammlung, in der der Kandidat der bürgerlichen Partien, Justizrat Dr. Jund, noch einmal seine sogenannte Programmrede hielt, über die wie bereits in der Nummer vom 5. Januar ausführlich berichtet haben. Einiges Neues sagte Herr Jund gestern abend nicht. Er verwendete seine ganze Kraft darauf, sich um die Gunst der verschiedenen

bürgerlichen Schichterungen zu bewerben und allen etwas zu versprechen. Sogar für die Sozialdemokraten, die Herr Jund mit „Gerechtigkeit“ belämpfen will, verlangte er Gleichberechtigung. Wie sich Herr Justizrat Dr. Jund diese Gleichberechtigung vorstellt, bewies seine Erklärung, daß er den Sozialdemokraten, von deren uneigenmäßigen Wirkungen im Interesse der Allgemeinheit er überzeugt sei, in den Parlamenten eine „angemessene“ Vertretung zu erkennen, aber stets verhindern werde, daß ein Sozialdemokrat als Stadtrat in eine städtische Verwaltungsstelle einzüge. Im übrigen ging Herr Jund in Optimismus auf. Er glaubt, daß die bürgerlichen Stimmen am Wahltage nicht nur ihm den Sieg bringen werden, sondern auch noch ausreichen würden, den Sozialdemokraten im 12. Wahlkreis das Mandat streitig zu machen. Danach wird Herr Jund sein Amt am 25. Januar um so schwerer auf die Nerven fallen.

Der erste Diskussionsredner war Genosse Heinrich Lange, der den Nationalliberalen ihre ganze unähnliche Vergangenheit, ihr Eintritt in den Widerstand, für die indirekten Steuern, für die Besteuerung und Belastung des Verkehrs, für die Blut- und Abenteuerpolitik in den Kolonien usw. in wirtschaftlicher Weise und unter dem brausenden Beifall der Versammlung vorhielt. Wenn jemals Rechte beschritten worden seien, habe auch die nationalliberale Partei ihre Hand mit im Spiele gehabt und sei Amt in Amt mit denselben Benteum, daß jetzt als ältester Feind hingestellt werde, für die Beschneidung der Vollrechte eingetreten. Besonders unangenehm war den Herren der Hinweis auf das preußische Schulverfassungsgesetz, dessen Annahme die nationalliberale Partei ermöglichte, und auf die traditionäre und vollständige Haltung der „Überaten“ gegenüber dem Verlangen des Volkes nach dem gleichen allgemeinen geheimen und direkten Wahlrecht. In ausführlicher Weise behandelte unser Redner die schweren Schädigungen, unter denen gerade die Handelsstadt Leipzig durch die Steuerbelastungslust der Nationalliberalen zu leiden habe. Da sich der bürgerliche Kandidat in Leipzig als Bannenträger dieser Partei bekannt habe, werde es trotz aller schönen Versprechungen, die nie eingehalten werden können, seinem Arbeiter möglich sein, einem andern als dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme zu geben. Nach diesen, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen versuchte Herr Dr. Westenberger die Sünden des Liberalismus zu entschuldigen. Den Gipfel der Unverschämtheit erglom der Herr mit der Behauptung, an den sächsischen Dreiklassenschmack sei allein die Sozialdemokratie mit ihren „maßlosen“ Anträgen schuld, der Liberalismus sei ganz mit Unrecht verdächtigt worden. Selbst den „Ordnungsmännern“ war diese offenkundige Fälschung unerträglich, so daß sich der nächste bürgerliche Redner, Justizrat Haber veranlaßt sah, diesen „Tertium“ zu berichtigten und zu versichern, der Liberalismus werde seinen Fehler, den er damals gemacht habe, wieder gutzumachen suchen, ein Versprechen, das, so oft es auch bisher gegeben wurde, nicht gehalten worden ist.

Genosse Seeger ging näher auf den von Herrn Jund als großer sozialen Fortschritt gepriesenen Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ein, durch den gerade das Gegenteil von dem bestrebt werde, was der Referent herausgefunden habe, nämlich eine Beschränkung des Koalitionsrechts, soweit man von einem solchen überhaupt noch sprechen könne. Durch die Urteile des Justiz im letzten Jahre — und gerade in Leipzig — sei das Koalitionrecht ja überhaupt so gut wie illogisch gemacht worden. Auch die Tarifverträge, deren soziale Seite man nicht genug preisen könne, seien nur dann einwert, wenn auch starke Organisationen dahinter ständen, die die Bestimmungen aufrecht erhalten könnten. Über gerade starke Arbeitersorganisationen seien den liberalen Unternehmern ein Greuel. Es sei bezeichnend für die Begeisterung des Bürgertums für die Sozialreform, daß die Bedingungen des vielgenannten Buchdruckertarifs noch heute nicht von den bürgerlichen Zeitungen erfüllt seien. Wenn man freilich sechs Jahre lang seine geistige Nahrung aus den Leipziger Neuesten Nachrichten schöfe, müsse man alles Verständnis für Sozialpolitik verloren haben. Das jetzige Schreien der bürgerlichen Parteien nach Sozialreform sei nichts weiter als Windbeutelei. Daß die Versprechungen, die Herr Jund dem Mittelstand mache, nie erfüllt werden könnten, ergab sich für denjenigen der nur einkommenden mit politischen Dingen vertraut sei, von selbst. Wenn Herr Jund für alles das eintreten wollte, was er dem Mittelstand und den Arbeitern versprochen hat, würde er von seinen nationalliberalen Fraktionsgenossen noch viel eher hinausgeworfen werden, als der Abgeordnete Wenzel, der über die Wahlentwicklungspläne der nationalliberalen Partei aus der Schule geschwängt hatte.

Ein Versuch des Justizrats Haber, den unangemessenen Eindruck, den die Erklärung Junds, er werde sich der nationalliberalen Partei anschließen, gemacht hatte, dadurch zu verwischen, daß er bemerkte, die Tätigkeit Junds im Stadtverordnetenkollegium spreche dafür, daß er stets für liberale Grundsätze eintrete und gegebenenfalls auch gegen seine Fraktionsgenossen stimmen werde, wurde von dem Genossen Lenzen gebürend charakterisiert, der nachwies, daß Herr Jund gar nicht die Möglichkeit haben werde, seine sozialpolitischen Versprechungen einzulösen. Eingehend ging der Redner auf die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse ein. Für alle die Sünden des Liberalismus sei Herr Jund mit verantwortlich, weil er sich zu dieser Partei bekannt habe.

Schließlich mußte die Versammlung geschlossen werden, weil Herr Dr. Henrich durch seine vom Vorsitzenden gebuldeten beleidigenden Ausfälle gegen die anwesenden Sozialdemokraten eine solche Entstörung hervorgerufen hatte, daß ihm das Weiterreden unmöglich gemacht und dem Verlangen, Jund das Schlusswort zu geben, nicht Folge geleistet wurde.

Noch ein Wort zur Geschäftsführung. Herr Kommerzienrat Habenicht, der durch sein autoristisches Auftreten in der letzten Freitagversammlung den Ordnungsbrüdern einen bösen Streit gespielt hatte, hatte sich in den Hintergrund zurückgezogen und Herr Reichsgerichtsrat Sievers die Leitung der gestrigen Versammlung überlassen, bei sich aber bestehende, mindestens ebenso paralellisch zu sein, wie sein Vorgänger. Nicht nur, daß er an den Ausfällen der bürgerlichen Redner nichts auszusehen fand, er hielt es sogar für angebracht, einen Versammlungsbetreuer, der einen rein sachlichen Zwischenruf machte, in ganz ungehöriger Weise anzuhören. Und diese Leute regen sich über den Ton und den parlamentarischen Takt der Arbeiter auf.

Von der Zeitung des freien Turnerbundes erhalten wir über die Versammlung noch folgende Zuschrift: Der Kandidat für die bürgerlichen Parteien, Herr Justizrat Dr. Jund, hat in seinen beiden Programmreden im Centraltheater seinen Standpunkt präzisiert zu der Eingabe der Freien Turnerschaft an das Stadtverordnetenkollegium, die Schaffweise zum Schauturnen zu überlassen. Herr Dr. Jund will zwar der nach seiner Ausschau „sozialdemokratischen“ Freien Turnerschaft dieses Bemühten machen und hält den ablehnenden Besluß des Stadtverordnetenkollegiums für einen von den vielen sozialpolitischen Fehlern der bürgerlichen Massen. Herr

Dr. Jund meinte nun auch, daß seine Ausschau über die „sozialdemokratische“ Freie Turnerschaft nicht bestritten sei.

Wir fragen Herrn Dr. Jund, ob er als Stadtverordnetenvorsteher keine Einladung zu der Protestversammlung der Freien Turner erhalten hat? Gewiß hat Dr. Jund eine Einladung erhalten, fand es aber nicht nötig, sich die Widerrichtung der Freien Turner anzuhören, daß die Freie Turnerschaft keine politische Organisation ist. Herr Dr. Jund ist auch in den Wählerversammlungen vom 4. und 8. Januar den Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben. In der Wählerversammlung vom 8. Januar traten die Redner für die Freie Turnerschaft zugunsten der politischen Redner zurück und durch den vorgezogenen Schluß der Versammlung ward ihnen das Wort abgeschnitten. Die Freien Turner erklärten deshalb an dieser Stelle dem Kandidaten Herrn Dr. Jund: Für die Sympathie des Herrn Dr. Jund, auch den Freien Turnern einen städtischen Platz zur Ablösung von Turnübungen gelegentlich mal einzuräumen zu wollen, besten Dank. Die Freie Turnerschaft lehnt es aber entschieden ab, wenn diese Sympathie in politischen Wählerversammlungen zur Werbung von Proletären, durch den bürgerlichen Kandidaten Dr. Jund, herhalten soll.

Für die Freien Turner: Karl Frey.

Im Wahlkampf im 12. Reichstagswahlkreis. Während die Sozialdemokratie im 12. Kreis einzähige Versammlungen abhält, um die ihr noch fernstehenden indifferenten Arbeiter zu organisieren und zu klassenbewußten Arbeitern zu machen, weil sie ja im Kreise die unbestrittenen Herren sind, fangen die Ordnungsparteien im Kreise an, Gesinnungsgenossen zusammenzufinden, die einen wohlhabenden Wahlapparat abgeben. In zwei „großen“ Wählerversammlungen am 14. und 28. Januar in der Grünen Schule und in den Lilien soll sich der Kandidat des Ordnungsmitschmachs den Wählern vorstellen. Vorsichtigweise sollen zu den Versammlungen über Eintrittskarten ausgegeben werden, damit der Kandidat und die „Ordnungsparteien“ keinen unliebsamen Erörterungen ausgesetzt werden. Es wird sich vorsichtig anhören, wenn die Helden da unter sich hinter verschlossenen Türen die Sozialdemokratie „vernichten“.

Mit der Aufstellung einer freisinnigen Kandidatur treibt man auch im 12. Kreis eine Zeile lang — man sprach von dem Landtagsabgeordneten Bär als Kandidat —, jetzt ist es aber still geworden. Vielleicht haben sich die paar Freisinnigen gesagt, daß es ihnen noch schwerer werde, ein Wahlkomitee zusammen zu bringen, als dem Ordnungsmitschmach, und dem fällt es doch gewiß schon schwer genug.

Die Postverwaltung des Verbaudes der Graveure und Hafelns in Leipzig teilt uns mit, daß in dem Bericht über Jacobs Begräbnis fehlt, daß auch die organisierten Graveure einen Kranz mit roter Schleife am Grabe übergelegt hätten. Wir stellen die Richtigkeit dieser Angabe gern fest und bedauern das Versehen.

Der ungetreue Stadtkaßierer Grelmann, der es bekanntlich so höchst verstanden hat, aus der Stadtkasse Jahrelang seine „Körperschaften zu bestreiten, ohne daß man hinter seine Schläge gekommen wäre, wird noch einige weitere Monate in Unterzuungshof leben müssen, ehe sich die Geschworenen mit seinen Unterschlagungen zu beschäftigen haben. Nach dem Stande der Voruntersuchung erscheint es ausgeschlossen, daß Grelmann schon in der Ende dieses Monats beginnenden ersten diesjährigen Sitzungsperiode vor das Schwurgericht gestellt werden kann.

Geschäftsbüro des Konsumvereins in Leipzig-Plagwitz. Das mit dem 31. Dezember beendete halbe Betriebsjahr ergab einen Verkaufserlös von 7 875 274.90 Mk., während im gleichen Zeitraum, vom 1. Juli zum 31. Dezember 1905 7 185 370.46 Mk. Verkaufserlös brachte.

Das Schicksal des Kartenspielers. Wie wenig der im Jahre 1897 eingeführte Kartenspiel sich bewährt hat, erlebt man daraus, daß sein Abfall, der sich im ersten vollständigen Jahre seiner Aussage auf 8 Millionen belief, in den folgenden Jahren schnell auf etwa 2½ Millionen zurückging. Im Jahre 1905 hat sich der Verbrauch um rund 40 000 gebessert. Im Vergleich mit der Untersumme von Briefsendungen anderer Orte kommt der Kartenspielraum in Betracht. Die Reichspost hat im Jahre 1905 6½ Milliarden Briefsendungen befördert. In Briefmarken zu 5 und 10 Pf., die in der Hauptstrecke zu Briefen verwendet werden, wurden 1905 mehr als zwei Milliarden verkauft. Daneben muß das Mehr an Kartenspielen als ganz verschwindend klein betrachtet werden, selbst wenn man mit in Betracht zieht, daß 5- und 10-Pfennigmärchen auch zu Drucksachen verwendet werden. Der allgemeine Aufschwung des Verkehrs hat auf die Steigerung des Verbrauchs an Kartenspielen nur einen geringen Einfluß ausgeübt. In seiner zentralen Beschaffenheit wird der Kartenspiel im Verkehr auch in Zukunft nur eine unbedeutende Rolle spielen.

Verhaftet wurde ein 21 Jahre alter Handlungsbüchler aus Dresden, der in einem Goldwarengeschäft nach und nach für über 400 Mk. Waren gestohlen hatte. Die gestohlenen Waren wurden noch zum größten Teile in seinem Besitz vorgefunden.

Durch Erhängen entstellt sich gestern in einem Fabrikgrundstück an der Plessendorfer Straße ein in der Ehrenacher Straße in Lübeck wohnhaft gewesener 88 Jahre alter Expedient aus Halle. Über den Beweggründen konnte nichts bestimmtes erfahren werden.

Ein Einbruch wurde in dem Landhaus eines biegsigen Steinmeisters in Borsdorf verübt. Die Diebe stahlen dort ein Mahagonibüstell älterer Konstruktion, 6 Stühle, 2 Matratzen, Gardinen und Kleidungsstücke. — Ferner wurde mittels Einbruch aus einem Geschäftsstöckel in der Davidstraße ein Geldbetrag von 90 Mk. gestohlen.

Gehendes Fahrrad. Ein Fahrrad, Marke Brennabor, Nr. 818 158, wurde an der Straße Gaußschule-Lauer in einem Diebstahl versteckt aufgedeckt. Das wahrscheinlich von einem Diebstahl herrschende Rad befindet sich in Verwahrung der Gendarmerie zu Großschocher.

Hus der Umgebung.

Borsdorf. Verhaftet wurden gestern drei Gelegenheitsarbeiter, die in letzter Zeit durch Einbrüche usw. Borsdorf und Umgegend unsicher gemacht haben. In ihren Behausungen in Zweenfurth fand die Polizei ganze Lager gestohlerer Gegenstände. Die Einbrüder haben mit großer Raffinertheit gearbeitet. Aus einer Villa in Borsdorf entwendeten sie große Möbelstücke, Bettlen, Bänke. Auch die Telefonapparate rissen sie ab und ließen sie abnehmen.

Für unsere Frauen.

Erste Zeit.

„Gebraucht der Zeit.“

„Sie geht so schnell von Ihnen.“

K. Die Weihnachtsglöckchen sind verklungen und damit ist die Feststimmung der letzten Wochen verflogen. Gleichzeitig ist auch die arbeitsreichste Zeit für die Mutter und Mutter vorbei, so daß sie aufzutreten und ihr Interesse

wieder mehr dem allgemeinen öffentlichen Leben zuwenden kann. Statt der Friedensschalmießen tönen heute Kampfersufe, die Männer und Frauen auf den Plan rufen. Das neue Jahr beginnt seinen Kreislauf mit einer Reichstagswahl, da es unserer Reichsregierung gesunken ist, die Volksvertreter „nach Hause zu jagen“.

Um 150 Hottentotten niederzuwerfen und sie ihres Eigentums zu berauben, stehen dort zur Zeit 12 000 Mann unseres Militärs, die einen Kostenaufwand pro Kopf und pro Jahr von 10 000 Mark erfordern. Wir als Steuerzahler müssen diese ungeheuren Summen aufzubringen. Unsere Söhne und Brüder aber müssen zu Hunderten den heißen Wüstenland mit ihrem Blute dünnen oder fehren zum Teil mit hässlichen Krankheiten behaftet in die Heimat zurück.

Für diese Zustände können wir uns bei den bürgerlichen Parteien bedanken, die der Regierung nie ernstlichen Widerstand entgegengestellt haben. Daher hat das Volk bei dieser Wahl Abrechnung mit denjenigen „Auch-Volksvertretern“ zu halten, die durch ihren Bewilligungseifer in ganz erheblicher Weise zur Vertierung der Lebenshaltung, die vornehmlich die Arbeiterklasse belastet, beigetragen haben.

Da die proletarische Mutter die Sorgen und Entbehrungen, deren sie mit ihrer Familie ausgesetzt ist, am besten kennt, dürfte auch in ganz besonderer Weise ihr Interesse für die diesmalige Reichstagswahl geweckt sein. Gilt es doch, die Klassen- und Eliquenherrschaft, die bisher im Parlament zu allen Forderungen der Regierung Ja und Amen sagte, zu stürzen und die Regierung zu zwingen, die Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die ungeheuren Lasten, die auf den Schultern der minderbemittelten Bevölkerungsklasse ruhen, zu mildern und dadurch die ungeheure Not, die im Volle herrscht und die noch verschärft wird durch die Arbeitslosigkeit, die der Winter mit sich bringt, zu bannen.

Frauen, Arbeiterinnen, erinnert euch des ungeheuren Elends, welches die Regierung unter Beihilfe der bürgerlichen Parteien über euch und die Euren gebracht. Lange, schwere Arbeitsraten, verbunden mit Unterernährung, lasten wie ein Alp auf euch. Frauen, erinnert euch des unerhörten Brot- und Fleischwunders, überhaupt des Wunders, der mit den wichtigsten Lebensmitteln getrieben wird und wodurch die Not und Sorge in eurer Familie wächst, wodurch euch jede Lebensfreude geraubt und gestört wird. Frauen, erinnert euch ferner, mit welchem Zornismus die bürgerlichen Parteien der Fleischnotinterpellation der sozialistischen Abgeordneten noch in den jüngsten Tagen gegenüberstanden. Schon früher erklärte Podbielski, daß nicht die agrarische Schutzzollpolitik, sondern die Bequemlichkeit der Frauen und die hohen Löhne der Fleischergesellen schuld an den hohen Fleischpreisen trügen. Mit ähnlichen albernen Mätzchen glaubte der Zentrumsabgeordnete Gerstenberger die Frage zu lösen, indem er sagte, er könne an keine Fleischnot glauben, da der Schlächter seiner Mutter beim Einkauf weit mehr Fleisch angeboten habe, als wie sie haben wollte.

O heilige Einfalt! Mit solchen Argumenten glaubt ein Zentrumsmann den Beweis für das Nichtbestehen der Fleischnot zu erbringen. Dass die herrschende Gesellschaft bisher umgestellt so im eigenen Klasseneinteresse handeln konnte, liegt zum großen Teil an jenen Wählern, die im Jahre 1903 nicht den richtigen Gebrauch von ihrem Stimmzettel gemacht haben. Ganz recht sagte Ubg. Gothein: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Ehe das Volk nicht selbst so klagt wird, sich andre Vertreter zu wählen, wird es nicht besser.“

Frauen, Arbeiterinnen, merkt euch diese Worte und erinnert euch gleichzeitig auch eurer Rechtslosigkeit, in der ihr als Staatsbürgerinnen zu leben gezwungen seid. Arbeiterafrauen, ihr wißt, wie die Vertreter der Sozialdemokratie diese Rechtslosigkeit beurteilen und wie sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dem Programm gemäß, die Verleihung des Wahlrechts auch für die Frauen fordern. Denkt daher begreiflich, daß nicht stilles Dulden und Entzagen, sondern kämpfen auch eure Aufgabe ist. Um die vollen Menschenrechte für alles, was Menschentum tritt, zu erobern, ist die Mitarbeit der Frauen von größter Notwendigkeit.

Genossinnen, Frauen! Benutzt daher die Zeit bis zum 25. Januar, werbt und agiert für die Sozialdemokratie, helft bei allen Wahlarbeiten und sorgt, daß alle Versammlungen stark von Frauen besucht werden, um den bürgerlichen Parteien sowie der Regierung zu zeigen, daß auch die Frauen trotz ihrer Rechtslosigkeit nicht müßig sind und daß sie, wenn auch nicht wählen, doch wählen können und so wählen können, daß die Reaktion am 25. Januar einen gehörigen Schreck erhält und daß rote Banner der Sozialdemokratie siegreich im Lande flattern.

Frauen, Genossinnen! Denkt bei der heutigen Wahlbewegung, daß derjenige „Uebles tut, wer gedankenlos, so gut als wer herzlos ist“. Wollt ihr andre und bessere Zeiten für euch und die euren, dann, Mütter, herbei zum Kampf gegen die heutige Weltordnung und deren Vertreter.

Frauen, Mütter! „Sehet ihr nicht daß Leben ein, nie wird euch das Leben und die Freiheit gewonnen sein.“

Veranstaltungen im 13. Reichstagswahlkreis.

Öffentliche Wählerversammlung in Connewitz.

In einer öffentlichen Wählerversammlung, die am 8. Januar in der Goldenen Krone in Connewitz tagte, kritisierte Genosse Lüttich vor etwa 900 Personen in einem 1½ stündigen Vortrag die inneren und äußeren Politik. Er forderte die Versammelten auf, bei der Wahl am 25. Januar Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Am Schlussh der Versammlung forderte der Vortragende zum Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung und zum Beitritt zum Ortsverein Connewitz auf. Zweifel der Anwesenden kamen der letzteren Aufruf sofort nach.

Briefkasten der Redaktion.

J. A., Probstheida. So gut das auch gemeint sein mag, so geht es doch nicht, schon weil S. noch nicht 25 Jahre bei uns Zeitungsredakteur ist.

Alle Zuschriften und Sendungen, für das Agitationskomitee des 12. und 13. Reichstagswahlkreises bestimmt, sind an richten an Fritz Seger, Fregesstraße 22.

151. Sächsische Landeslotterie.

Eröffnung vom 9. Januar.

Die Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 120 Mark bezogen.

(ohne Gewinn).

(Madend verboten.)

40000 auf Nr. 56882 bei Herren Busch & Co. in Dresden.	128 1 268 616 275 414 230 789 006 21 280 524 61 604 (250)
10000 auf Nr. 40782 bei Herren S. Harmowski & Co. in Leipzig.	155 8 81 492 995 582 604 845
5000 auf Nr. 57861 bei Herrn Hefsel in Dresden.	75487 754 857 797 455 425 52 82 907 801 69 960 (250)
3000 auf Nr. 96815 bei Herren M. u. J. Schneiders in C.-Görlitz.	448 420 678 770 878 570 445 87 586 870 552 523 97 908 (250) 70220
87 790 608 815 529 842 167 455 423 821 70 806 428 671	200 404 52 123 188 455 830 04 302 606 402 60 858 (250) 383
721 365 763 835 29 131 1312 55 324 610 720 509 275 106 (250)	77118 780 (500) 078 886 828 042 268 884 487 581 271 715 536
883 982 740 277 605 265 388 002 798 2443 87 478 958 208	974 (500) 906 880 741 (250) 788 804 517 (2000) 458 802 78601
744 878 106 299 (250) 841 604 671 814 233 650 3287 479 176	141 (250) 298 526 2 536 869 284 59 240 63 31 134 (2500) 632
315 837 234 864 200 275 185 57 197 (250) 651 571 004 235	466 364 660 878 150 823 226 11 591 20 280 547 72 736 287 68 492
777 (1000) 4846 48 904 898 650 218 911 802 452 (250) 40 272	80188 126 40 (250) 206 507 254 281 632 515 884 (1000)
834 783 142 906 192 744 155 207 657	972 340 887 589 (250) 844 98 405 368 81521 148 851 684 210
5430 (250) 633 942 (1000) 145 92 260 125 193 801 848 680	584 918 122 812 640 737 884 317 880 944 40 82147 718 871
187 (250) 6991 900 327 361 680 833 872 (250) 651 935 554	372 218 311 270 259 878 (250) 187 840 477 754 177 (250) 487
877 614 754 658 514 248 888 7427 450 10 905 447 94 998 168	23 171 382 642 78 286 547 88067 (250) 560 986 763 765 19
918 422 548 71 212 485 628 54 744 870 252 8888 76 9 286	587 66 110 005 825 445 423 812 540 988 604 641 43 826 431
567 272 558 300 399 785 781 864 356 201 125 72 844 085 250	158 (500) 24 84438 425 080 745 276 719 65 128 163 888 (250)
9933 810 844 781 689 243 214 898 877 405 99 52 (250) 49 224	444 138 889 890 62 642 350 16
798 414	85100 25 710 803 805 100 653 055 800 855 524 283 872
10217 168 600 436 100 683 707 877 68 7 684 107 886 517	357 (500) 864 60 406 561 864 55 234 (250) 130 (250)
719 688 (250) 82 447 741 580 (250) 11848 405 644 (250) 910	91100 705 000 294 127 (500) 703 274 707 371 030 813 808
449 773 242 527 572 037 807 805 957 767 781 870 581 215 528	168 892 374 (250) 620 791 358 105 233 167 481 92019 45 58
834 070 12691 90 123 942 789 640 048 202 339 861 124 001	318 280 844 108 038 (1000) 750 748 067 321 26 410 515 126
288 343 860 818 516 (250) 671 175 251 818 620 13754 118	334 520 51 861 038 855 601 910 180 528 (250) 008 336 478 89
857 619 981 518 (500) 941 684 245 744 230 81 985 650 957 422	166 803 653 10 (500) 217 210 510 438 728 915 807 04221
502 822 (250) 386 298 (20) 976 898 322 798 841 14122 634	707 310 780 100 53 878 80 078 036 623 816 708 847 166 528
522 885 855 746 606 70 (500) 673 (250) 645 053 281 76 (250)	792 388 (250)
483 856 88 803 512 878 515	95470 551 562 482 715 738 574 65 230 521 680 832 524
15327 917 725 76 820 495 4 64 121 223 451 840 267 471	96088 686 643 (500) 784 682 606 85 234 424 864 689 815 (8000)
465 84 28 (250) 224 542 425 178 417 626 850 950 541 402	585 627 04 97246 985 922 386 048 428 688 873 401 127 680
16388 141 579 676 (250) 802 655 762 901 795 728 975 282 188	577 785 781 527 315 280 708 (250) 787 78 98048 772 238 238
996 (250) 124 405 48 858 716 880 875 (250) 948 478 916 4 172	212 184 (250) 845 634 938 818 (250) 650 533 825 99725 186
263 (250) 420 (2000) 17936 338 (250) 4 288 08 400 14 444	395 448 322 148 655 407 362 122 240 806 062 787 877 603
917 (1000) 574 975 459 161 502 540 604 78 (250) 680 886 388	490 816
56 (500) 57 18276 037 950 881 500 674 181 887 621 057 684	Am Glücksspiel verbleben nach heutiger Bekanntung an größeren Gewinnen: 1 à 30 000, 1 à 20 000, 1 à 5000, 1 à 8000, 6 à 1000.
3001 (250) 910 558 480 90 815 641 945 (250) 562 555 879	Bur gefälligen Beachtung!
20609 661 200 985 977 147 539 (200) 25 280 (500) 808	Bur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der
723 29 881 522 761 17 9 757 672 965 (250) 890 (500) 649	Meiderten Städteordnung alle Gemeindemitglieder berechtigt,
45 180 21364 681 457 861 887 (500) 102 788 (250) 5 159 416	welche
26747 444 040 72 361 152 784 164 728 274 228 851 521 528	1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
328 358 168 286 (250) 720 584 05 27073 861 (250) 785 3 679	2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben;
747 53 (250) 228 902 174 921 677 (250) 962 218 278 (250) 167	3. öffentliche Armenunterstützung weder bezahlen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
654 28329 426 764 797 786 702 444 655 66 568 851 8 275 65	4. unbescholtene sind;
713 251 513 20693 119 (250) 920 758 881 867 939 278 198 80	5. Eine direkte Staatssteuer von mindestens 8 Mt. bezahlt;
885 676 482 502 108 419 478 (500) 686 452 951	6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig berichtigt haben;
30871 8 96 282 408 101 886 750 743 987 (1000) 880 280	7. im Stadtbereich seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
92 253 900 948 527 476 503 31650 497 818 251 605 748 727	8. in einer andern Stadtgemeinde Sachens bisher stimmberechtigte Bürger waren.
158 901 (250) 145 861 676 6	